

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Nr. 40.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 7. Oktober 1911.

Redakteur: H. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Uden, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

13. Jahrg.

Christliche Gewerkschaft und Sozialpolitik.

II.

„Wie praktisch war es doch“, hieß es im Schlusssatz des ersten Teiles dieses Artikels, „daß wir, stets gedrängt von unseren trefflichen Grundsätzen, unsere vaterländische und gut bürgerliche Gesinnung, unsere Solidarität mit allen Ständen betont haben.“ Dieses Prinzip kann und wird niemals eine „Anechts-gesinnung“ bei uns auslösen, wie es sozialdemokratische Blätter und Agitatoren oft genug in ihrer unwahren Art behaupten. Als selbstbewußte Bürger treten wir an das Gemeinwesen und die Stände heran, denen wir gedient haben, damit sie uns mehr Recht einräumen. Die Unentbehrlichkeit unserer Arbeit für die gesamte Kultur berechtigt uns zur Forderung ausgiebigsten Arbeiterschutzes. Häufig hat der Christ mehr Mannesmut vor Königsthronen, als der Revolutionär. Dieser weiß eben, daß er von Mächten, denen er den Untergang vorbereitet, nichts Gutes zu erhoffen hat, deshalb duckt er sich klagend vor ihnen, sobald er sich schwach weiß; jener hingegen ist sich seiner Pflichttreue stolz bewußt und der Gleichberechtigung, die auch die armseligste Menschenperson beanspruchen kann, wenn sie auch noch so machtlos ist. Der Sozialdemokrat pocht auf seine Macht, fehlt die, dann verliert er seine Würde, der Christ pocht auf sein Recht, das himmelhoch über allen sozialen und wirtschaftlichen Machtunterschieden thronet.

So klar nun aber diese Gedanken sind, so zwingend ihre Logik, sie müssen den Unfrigen doch noch manchmal eingeschärft werden. Die wahre Demokratie wurzelt im Christentum mit seiner Hochwertung der Menschenpersönlichkeit und Bevorzugung des inneren vor dem äußeren Werte. Wahrhaft demokratische Gesinnung ist nämlich die erste und wichtigste Vorbedingung eines durchgreifenden Arbeiterschutzes und einer fortschrittlichen Sozialpolitik.

Dieser letzte Gedanke bedarf wohl der Erläuterung, umso mehr, als in Deutschland und England die Ideen über Demokratie und Sozialpolitik, besonders Arbeiterschutzes, verwirrt worden sind. Wahre Demokratie, so dogmiert der doktrinaire Liberalismus, ist möglichst antiautoritär und verwirft die Staatshilfe, wo immer es angeht. Der Staat ist ein notwendiges Uebel, dessen Aufgaben mit der Handhabung der Polizei und des Strafrechts vollauf erledigt sind. Wahrhaft demokratisch ist nur die Selbsthilfe. Daraus entstand dann der verderbliche Irrtum der alten Trade Unions, es sei männlicher Arbeiter unwürdig, um Staatsschutz zu bitten, ihnen komme nur die gewerkschaftliche Selbsthilfe zu. Die deutschen Gewerksvereine S.-D. haben in ihrer Jugend-epoche, wie sie überhaupt schematische Nachahmer englischer Einrichtungen waren, diese Theorie unbesehen übernommen. Sie verwarfen daher mit der staatlichen Arbeiterversicherung auch den staatlichen und gemeindlichen Arbeiterschutz, soweit es sich nicht um von Natur Hilfslose, also Frauen oder Kinder, handelte. Die praktischen Erfahrungen haben diesen Doktrinarismus nun allerdings rasch korrigiert, und heute gehen die Gewerksvereine gern mit, wenn die vaterländische Arbeiterschaft die Staatsautorität in den Dienst ihrer fortschrittlichen Bestrebungen für beide Geschlechter stellt. Eine starke Antipathie gegen die „obrigkeitliche Bevormundung“ und eine einseitige Betonung der Selbsthilfe ist aber im Lager der früheren Anhänger dieser Richtung geblieben. Bedenken wir dazu, daß unsere Regierungen anfänglich den Arbeiterschutz nach vollkommen verkehrte Gesichtspunkten aufstapelten, dann verstehen wir in der Geschichte unserer deutschen

Sozialpolitik manches. Die ersten sozialpolitischen Impulse sind bei uns nicht aus charitativen oder rein rechtlichen Gedanken und erst recht nicht aus Ehrfurcht vor der im Kapitalismus bedrohten Menschenwürde des Arbeiters entsprungen, sondern aus nüchtern geschäftlicher Staatsklugheit. Eine in weiten Kreisen sehr beliebte, weil so furchtbar bequeme Moral, uralte heidnischen Ursprungs, erklärt gut und nützlich für identisch. Was praktisch und zuträglich ist, ist auch gut. Ist die Sklaverei und Menschenjähndung nützlich und den Herrschenden zuträglich, dann ist sie gut. Da sie aber ihre bedenklichen Gefahren hat und ein gewisses Entgegenkommen an das revoltierende Volk geboten erscheint, da man auch die arbeitsfähigen Menschen nicht verkommen, die künftigen Vaterlandsverteidiger schon im Mutterleib verstümmeln lassen kann, ist staatliche Sozialpolitik zu empfehlen. So sind es staats-erhaltende und militärpolitische Gesichtspunkte gewesen, denen wir die ersten Arbeiterschutzesetze danken. Allerdings ging daneben stets auch der Einfluß christlicher Sozialreformer her, denken wir nur an Männer wie Ketteler, Viktor Huber usw. Aber auch die Christen beider Konfessionen faßten den Arbeiterschutz noch mehr charitativ, wenn gleich im edelsten Sinne des Wortes, wie demokratisch auf. Dies wurde erst anders, als die politischen Interessen und das staatsbürgerliche Selbst- und Standesbewußtsein in der christlichen Arbeiterschaft erwachte. Seitdem können wir aber auch erst von einem wirklich ersprießlichen Arbeiterschutz sprechen. Nur das hat das Vertrauen des Volkes, was seiner eignen Initiative entspringt, und durch seine geistige und organisatorische Mitarbeit zur Tat geworden ist. Die neuzeitliche Arbeiterschutzgesetzgebung ruht auf den Schultern des arbeitenden Volkes, deshalb ist sie fest begründet, kein Luftschloß geistvoller Politiker mehr, sondern ein praktisch ausgestattetes Wohnhaus für alle Hilfsbedürftigen aus dem vierten Stande. Ein Gnadengeschenk von oben ist sie nicht, darüber sind wir Christen uns sehr klar, haben wir doch im Gegensatz zu jenen eine viel positivere Auffassung der Staatsaufgaben. Nach unserer Auffassung hat der Staat die Pflicht, nicht ohne oder gegen, sondern mit den einzelnen Ständen Recht und Gerechtigkeit zum Siege zu führen, die Wohlfahrt Aller, am eifrigsten aber die der Bedürftigen, zu fördern und ein Gemeinwesen des freudigen Fortschritts aller Stände und Interessen unter Mitwirkung aller willensfreien Bürger zu schaffen. Somit muß der Staat Arbeiterschutz treiben und er muß es tun unter Berücksichtigung und Hinzuziehung der zunächst davon Betroffenen. Wir haben ein Recht auf Gesetze, die Ordnung, Wohlfahrt und gesunde Emporentwicklung ermöglichen und ein Recht, an ihrem Zustandekommen mit Kopf und Herz und Hand mitzuarbeiten. Ist dies nicht wahre Demokratie, wie sie nur das Christentum bindend begründen kann, Demokratie, die ohne Angriffe auf Autorität und Gesetz den Einzelnen befähigt, sich und den Seinen zu helfen? Ist das also nicht wahre Selbsthilfe, gleichzeitig aber auch wahre Nächstenliebe und Förderung der Allgemeinheit?

Wir weisen die Staatshilfe also nicht hochmütig zurück, schließen uns nicht kastenartig von den Hilfsbedürftigen ab und genießen nicht isoliert die Ertragsfrüchte unserer Gewerkschaftsarbeit. Wir erwerben für die Gewerkschaft und durch die gewerkschaftliche Selbsthilfe, was immer zu erreichen ist. Dabei jedoch vergessen wir nicht der Aufgaben, vor denen die Gewerkschaft ohne Staatshilfe zusammenbricht und wir wenden unsere Augen nicht von denen ab, die durch Selbsthilfe allein niemals aus dem Elend und der Anechtschaft herauskämen. Selbstbewußt fordert unsere

christliche Arbeiterin die Hilfe der Gesetzgebung und sie schämt sich nicht ihrer doppelten Hilfslosigkeit, die durch die Eigenart ihres Geschlechts erzeugt ist. Ritterlich treten ihr unsere Männer zur Seite, nicht herablassend, weil die viel vornehmere Selbsthilfe einem armen Weibe eben versagt ist, sondern mit der Ehrfurcht, die ihrem Geschlechte zukommt und der Christenliebe, die sich zuerst dem Schwachen zuwendet. Auch unsere Arbeiterinnen behandeln wir dabei als vollwertige Staatsbürger. Wenn ihnen auch das Wahlrecht versagt ist, wir achten und suchen ihren Rat in sozialpolitischen Angelegenheiten, wir befragen sie, beraten mit ihnen, verarbeiten ihre Anregungen. Die starke Betonung der Notwendigkeit einer durchgreifenden Sozialpolitik legt keineswegs die Gewerkschaftsarbeit lahm, belebt sie vielmehr und bereichert ihre Aufgabenfülle. Die betr. Anträge können und sollen ja die Berufsorganisationen formulieren und die Initiative zu ihrer Beachtung im Parlament ergreifen, der Gesetzgebung soll ihre Pionierarbeit durch vorbildliche Arbeitsverträge vorantreiben, um zu zeigen, was bei gutem Willen möglich ist, und die einmal erungenen Gesetze stützen die ihre Durchführung kontrollierenden Gewerkschaften, damit der Geist der Ordnung und Gerechtigkeit in den fernsten Fabrikwinkel eingehe. Dr. F. J.

Textilarbeiterorganisationen und Textilindustrie.

Der Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands hat von jeher den Standpunkt vertreten, daß die Interessen der Textilindustrie eng verwachsen sind mit den Interessen ihrer Arbeiter. In unseren Bestrebungen für den rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg der Textilarbeiterschaft können wir unmöglich Industrie und Arbeiter getrennt für sich als zwei ganz allein oder gar entgegengesetzte Dinge betrachten und behandeln, weil man das Gutergehen des einen Teiles nicht erreichen kann, wenn man dabei den anderen Teil ganz und gar vernachlässigen wollte. Das ist eine jedem Leser einleuchtende Sache. Nur auf dem Boden einer geträugten, durchaus gesunden und gut rentablen Industrie ist es möglich, die Kurve der Lebenshaltung der Arbeiter aufwärts zu führen, aber auch das Gedeihen der Textilindustrie ist wesentlich abhängig von einem geschulten, geistig, seelisch und körperlich gesunden Arbeiter, der im ganzen Produktionsprozeß so gestellt ist, daß ihn Berufsinteresse und Berufsfreude befehlen kann.

Diese Gedanken ergeben sich schon aus der praktischen Gewerkschaftsarbeit, aber sie liegen auch fest begründet in der grundsätzlichen Stellung des christlichen Textilarbeiterverbandes. Dieser sieht ein kräftiges Blühen und Gedeihen der deutschen Textilindustrie gerne, arbeitet mit daran, soweit es im Bereiche seiner Möglichkeit liegt, im Interesse der Industrie selber, weil sie ein bedeutendes Glied unserer Volkswirtschaft ist; aus nationalen Gründen, weil sie an Deutschlands Wohlergehen, an der Größe und dem Ruhme unseres Staates ihren Anteil hat. Ganz folgerichtig ergibt sich hieraus auch die Stellung unseres Verbandes zum Textilunternehmertum. Wir betrachten dieses nicht als „Schmaroger“, als „Ausbeuter und Blutsauger“, die „ihren Profit aus den Knochen der Arbeiter schinden“, wie es im Jargon der Genossen heißt, sondern als einen mit uns gleichberechtigten Stand, der hochwichtige Funktionen in unserer ganzen weitverzweigten Volkswirtschaft zu erfüllen hat, mit dem uns — trotz mancher tatsächlich vorhandener Interessengegenätze — auch viele gemeinsame Interessen verbinden, Interessen rein wirtschaftlicher Natur, aber auch der gemeinsamen nationalen Kulturpflege.

Diesen theoretischen Grundsätzen hat die praktische Arbeit unseres Verbandes entsprochen. Es ist

Schon ein Gebot gewerkschaftlicher Klugheit, auf den Stand eines Unternehmens bei Lohnbewegungen usw. Rücksicht zu nehmen. Die Förderung der Textilindustriestellen hat sich unser Verband stets angelegen sein lassen. Die sachgewerbliche Schulung unserer Mitglieder ist in dieser Zeitung oft genug entschieden betont worden, und unser Verband wird in Zukunft mehr noch wie in der Vergangenheit hierfür auch materielle Aufwendungen machen. Unsere Stellung und Tätigkeit in der für unser Gewerbe außerordentlich wichtigen Frage der Rohstoffbeschaffung ist bekannt; wir sind auch jederzeit bereit gewesen, die handelspolitischen Interessen der Textilindustrie nach Möglichkeit zu fördern; treten ganz entschieden ein für einen genügenden Zollschutz oder andere Protektionsmaßnahmen des Staates zum Schutze des heimischen Gewerbes vor der ausländischen Konkurrenz. Mit einer größeren Sicherung und Kräftigung des Inlandsmarktes muß Hand in Hand gehen der Versuch, unserem Gewerbe das Auslandsgeschäft leichter zu gestalten.

Diese unsere Stellungnahme gibt uns einen breiten und sicheren Operationsboden und eine mächtige Waffe in die Hand gegenüber allen jenen, die sich dem berechtigten Streben unseres Verbandes in den Weg stellen wollen.

Die Grundsätze des Verbandes „deutscher“ Textilarbeiter stehen den hier gezeichneten diametral gegenüber. Wegen seines offenen und entschiedenen Bekenntnisses zum Sozialismus kümmert er sich nicht um das Wohlergehen einer Industrie, die in dem Prinzip des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems ihre Wurzeln hat. Darum versagt der „deutsche“ Textilarbeiterverband grundsätzlich jede Förderung unseres Gewerbe durch gemeinsame Arbeit von Staat, Unternehmer und Arbeiter. Diesem System keinen Mann und keinen Groschen. Der „deutsche“ Textilarbeiterverband will grundsätzlich keinen Zollschutz für unser heimisches Gewerbe, obwohl ohne ihn weite Zweige der Textilindustrie dem Ruin entgegengehen müßten. Er lehnt eine Unterstützung der kolonialen Baumwollzucht, die sich zu einer Lebensfrage für unsere heimische Baumwollindustrie und ihre Arbeiterchaft herausbilden wird, ab mit der Begründung auf seine Weltanschauung („Textilarbeiter“ Nr. 30 Jahrg. 1911). Rücksichtnahme auf die Interessen des Unternehmens kennt der sozialdemokratische Textilarbeiterverband nicht. Der Sozialdemokrat Bernstein konstatierte in Nr. 11/1911 der „Sozialistischen Monatshefte“ ganz im Sinne der Auffassung, die wir oben dargelegt haben, daß die Arbeiter als Klasse nicht zuletzt am Gedeihen der Geschäfte, also an der Rentabilität der Produktion, interessiert seien. Und was sagt das Organ des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes (Nr. 22, 2. Juni 1911)? „Die Arbeiter haben in ihren wirtschaftlichen Kämpfen keine Rücksicht auf die Rentabilität der kapitalistischen Produktion zu nehmen. Rentiert sie sich nicht, dann mag man sie aufgeben und die sozialistische Produktion dafür einführen. Das ist der Standpunkt der freien Gewerkschaften.“ „Die anmaßend freche Borniertheit dieser Auffassung“, gefühlte damals das „Zentralblatt“ diese verrückten Ausführungen, „vor allem aber die sittlichen Gefahren, die sie, wenn Allgemeingut geworden, für eine Bewegung in sich birgt, scheinen dem Artikelschreiber gar nicht zum Bewußtsein zu kommen.“ Eine solche Auffassung birgt nicht bloß große sittliche Gefahren für eine Bewegung in sich, sondern muß auch in materieller Hinsicht zu ihrem schließlichen Verhängnis werden.

Charakteristisch für die Stellung des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes ist auch eine Auslassung seines zweiten Zentralvorsitzenden Köffel, die er in einer Versammlung in Mülhausen i. E. in einer Diskussion über die Finanzreform mit einigen unserer Kollegen machte: „Wenn der deutsche Handel nicht ohne Flotte auskommen kann, dann mag er zugrunde gehen.“ Das ist die Auffassung des „deutschen“ Verbandes, die ebenjowenig mit den Interessen unserer Industrie als mit denen ihrer Arbeiter in Übereinstimmung zu bringen ist.

Dem Textilunternehmertum tritt der „deutsche“ Textilarbeiterverband mit den Grundsätzen des Klassenkampfes gegenüber. Wir bekämpfen die Mißbräuche, die sich der Unternehmer zu schulden kommen läßt, die Auswüchse, die das kapitalistische Wirtschaftssystem zeitigte, der „deutsche“ Textilarbeiterverband bekämpft die Unternehmerklasse als solche bis zu ihrer Vernichtung. Unternehmer und Arbeiter sehen sich als unversöhnliche Feinde gegenüber. Weg mit dem Unternehmertum. Wir werden nicht eher ruhen und rasten, bis der letzte Unternehmer am Webstuhl steht,“ erklärte ein „freier“ Agitator mal in einer Versammlung. Und das Organ des Verbandes schreibt (Nr. 19/1909) in einer Polemik gegen Calwer, daß die Textilarbeiter bei ihren Lohnforderungen auf die Rentabilität des Gewerbes nicht die geringste Rücksicht zu nehmen haben, denn

„ob die Aktionäre dabei etwas verdienen, kann den Arbeitern gleich sein. Denn erstens trägt man die Arbeiter auch nicht, ob sie mit dem Lohne zufrieden sind, den man ihnen zahlt, und zweitens zwingt sie niemand, Aktionär zu sein; sie können ja etwas weit Rühliches machen, sie können arbeiten. Brauchen wir denn Aktionäre? Calwer wird natürlich sagen „ja“; wir aber sagen nein, wir brauchen keine, die Produktion kann ja vergesellschaft-

licht werden. Zur Produktion brauchen wir nur Arbeiter; die Aktionäre sind nur Schmarozer der Arbeit.“ Und an einer anderen Stelle:

Seit wann, so fragen wir Calwer, haben wir denn arbeitendes Kapital? Fressendes, den Mehrwert der Arbeit fressendes Kapital haben wir wohl, aber niemals arbeitendes Kapital. Wir wollten durchaus nicht zeigen, wie das Kapital „arbeitet“, sondern wie es den Ertrag der Arbeit frisst.“

Eine solche Sprache kann nur ein Mensch führen, dem die Schürung des Klassenhasses über alles geht und der sich um die wirklichen Arbeiter- und Gewerkschaftsinteressen den Teufel scheert.

Es sind tiefgehende, unüberbrückbare Gegensätze, die hier zwischen unserem und dem „deutschen“ Verbannde aufgedeckt wurden. Welche Auffassung mehr den wirklichen Interessen der Textilarbeiter nachkommt, ist un schwer zu erkennen. Mit dem Wahlspruch, den wir zur Richtschnur unseres Wirkens gemacht haben, werden wir schließlich doch überall durchkommen, möge man heute noch vielfach nur Unkenntnis und Bekämpfung dafür haben; mit ihm stehen wir dem Unternehmertum und der breiten Öffentlichkeit schließlich doch viel stärker gegenüber als der „deutsche“ Textilarbeiterverband, trotz seines zahlenmäßigen Uebergewichtes. Der Wahlspruch lautet: Dem Unternehmer was dem Unternehmer zukommt, aber dann auch dem Arbeiter, was dem Arbeiter zukommt.

Die Entwicklung des deutschen Auslandsgeschäftes in Textilwaren.

I.

Nicht minder als im Bezug der Rohstoffe ist Deutschland auch im Absatz der Fabrikate abhängig vom Ausland. Die jene Abhängigkeit, so hat auch diese ihre großen Gefahren. Die Kulturländer schließen sich heute durch Zollschranken von einander ab. Ich erinnere an die Entwicklung, die Amerika genommen hat, ich erinnere an den neuen deutsch-schwedischen Handelsvertrag, wo es Deutschland mit dem besten Willen nicht möglich war, die Interessen seiner Exporteure in der wünschenswertesten Weise zu wahren. Jedes Land hat eben das Bestreben, im eigenen Land eine Industrie zu erzeugen, die nicht nur den Inlandsbedarf decken kann, sondern womöglich noch auf dem Weltmarkt als Konkurrent auftreten soll. Daß dadurch die Lage eines Industriezweiges, wie die deutsche Textilindustrie, die sich auf den Export eingerichtet hat, prekär werden kann, liegt auf der Hand. Die heimische Wirtschaftspolitik muß da außerordentlich geschickt operieren, wenn unsere Interessen nicht zu kurz kommen sollen. Es gibt aber auch — wie wir aus dem folgenden sehen werden, einzelne Halbfabrikate in der Textilindustrie, in deren Bezug wir ebenfalls noch auf das Ausland angewiesen sind. Es wäre gewiß kein Nachteil, wenn wir gerade in dieser Beziehung unabhängig würden — für unsere Industrie bietet sich da noch ein dankbares Feld im Inland.

Baumwollgarne.

Betrachten wir die Baumwollfabrikate nach ihrem Herstellungsprozess, so haben wir uns zuerst mit dem Baumwollgarn zu befassen. In den Zahlen, die wir bis 1905 anführen, sind leider auch die Mengen an Vigognegarn enthalten — doch dürften diese nicht allzu bedeutend sein. Es betrug die Ein- und Ausfuhr:

| Jahr | Der Einfuhr | | Der Ausfuhr | | Jahr | Der Einfuhr | | Der Ausfuhr | |
|------|-------------|----------|-------------|----------|------|-------------|----------|-------------|----------|
| | Menge | Wert | Menge | Wert | | Menge | Wert | Menge | Wert |
| | Tonnen | Mill. M. | Tonnen | Mill. M. | | Tonnen | Mill. M. | Tonnen | Mill. M. |
| 1889 | 21 927 | 58,1 | 6 840 | 19,2 | 1898 | 23 145 | 53,9 | 8 205 | 19,7 |
| 1890 | 18 808 | 52,3 | 7 180 | 19,9 | 1899 | 20 903 | 55,6 | 9 688 | 22,9 |
| 1891 | 15 871 | 42,3 | 9 614 | 22,2 | 1900 | 19 969 | 62,9 | 11 326 | 29,1 |
| 1892 | 15 790 | 41,6 | 9 707 | 20,9 | 1901 | 16 650 | 48,6 | 12 078 | 28,5 |
| 1893 | 17 215 | 47,2 | 7 969 | 18,2 | 1902 | 17 128 | 51,2 | 13 024 | 31,7 |
| 1894 | 18 456 | 45,3 | 7 357 | 15,7 | 1903 | 18 946 | 60,1 | 11 760 | 32,5 |
| 1895 | 22 484 | 56,7 | 7 694 | 16,7 | 1904 | 21 225 | 66,8 | 10 038 | 29,8 |
| 1896 | 22 465 | 56,9 | 6 965 | 16,2 | 1905 | 19 814 | 65,3 | 12 270 | 34,1 |
| 1897 | 26 407 | 59,3 | 6 927 | 21,0 | | | | | |

Die Einfuhr im Jahre 1905 ist gegen die vor 25 Jahren nicht besonders gestiegen; betrug sie im Jahre 1880 13 132 t, so 1905 19 814 t, also mehr 6 682 t, nachdem sie im Jahre 1897 26 407 t betragen hatte, um aber rasch bis auf 16 050 t zu sinken (1901). Der Wert der Einfuhr hat sich im Vergleich zu ihrer Menge unverhältnismäßig erhöht. Betrug er im Jahre 1880 37,8 Mill. M., so 1905 65,3 Mill. M., mithin 27,5 Mill. M. mehr. Der letztere Wert wurde nur im Jahre 1904 übertroffen, wo er 66,8 Mill. M. betrug. Die bedeutende Einfuhr datiert schon aus den Zeiten des Zollvereins: sie betrug 1850 515 901 Zentner (hierunter ist noch die Watte eingerechnet), 1855 524 053, 1860 475 999, 1866 254 255 Zentner (dies ohne Watte!).

Die Menge der Ausfuhr hat sich seit 1880 kaum erheblich vermehrt. Sie betrug im genannten Jahr 11 584 t, 1905 12 270 t. Die Höchstausfuhr wurde im Jahre 1902 mit 13 024 t erreicht. Bei dem Ausfuhrwerte sehen wir das den Einfuhrwerten entgegengesetzte Bild. Er betrug im Jahre 1880 51,4 Mill. M., 1905 34,1 Mill. M., also 17,3 Mill. M. weniger, obgleich die Ausfuhrmenge doch um 686 t gewachsen ist. Es scheint allerdings, als ob die beiden Jahre zum Vergleich ungleichmäßig gewählt sind, denn im Vergleich mit den 1880 unmittelbar folgenden Jahren ergibt sich, daß der Wert im Verhältnis gleich geblieben ist, wenn auch der Gesamtausfuhrwert eine Steigerung erfahren hat.

Es ist schließlich noch zu erwähnen, daß als Haupteinfuhrland Großbritannien in Betracht kommt, 1905 war es mit 56 Mill. M. beteiligt, während Belgien mit 1,1 Mill. M. an dritter und die Schweiz mit 5,5 Mill. M. an zweiter Stelle rangiert. Als Ausfuhrländer, d. h. als Länder, wohin wir unsere Garne abgeben, kommen die meisten Länder des Kontinents, außerdem die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Britisch-Indien in Betracht.

Rohe, dicke Gewebe.

Auch bei diesem noch zu den Halbfabrikaten zählenden Produkt haben wir die gleiche Erscheinung wie beim Garn. Auch hier übertrifft die Einfuhr die Ausfuhr bei weitem.

| Jahr | Der Einfuhr | | Der Ausfuhr | | Jahr | Der Einfuhr | | Der Ausfuhr | |
|------|-------------|----------|-------------|----------|------|-------------|----------|-------------|----------|
| | Menge | Wert | Menge | Wert | | Menge | Wert | Menge | Wert |
| | Tonnen | Mill. M. | Tonnen | Mill. M. | | Tonnen | Mill. M. | Tonnen | Mill. M. |
| 1892 | 441 | 1,1 | 426 | 1,0 | 1899 | 3378 | 10,3 | 601 | 1,8 |
| 1893 | 605 | 1,6 | 372 | 1,0 | 1900 | 3494 | 11,5 | 631 | 2,1 |
| 1894 | 599 | 1,5 | 279 | 0,7 | 1901 | 3214 | 10,3 | 628 | 1,9 |
| 1895 | 830 | 2,1 | 287 | 0,7 | 1902 | 3330 | 11,0 | 550 | 1,8 |
| 1896 | 911 | 2,3 | 367 | 0,9 | 1903 | 3337 | 11,5 | 887 | 3,0 |
| 1897 | 5302 | 15,0 | 448 | 1,3 | 1904 | 3516 | 12,1 | 927 | 3,1 |
| 1898 | 3573 | 10,5 | 454 | 1,3 | 1905 | 3184 | 11,9 | 1190 | 4,3 |

Auffallen muß sofort die außerordentlich starke Zunahme der Einfuhr innerhalb 20 Jahren; sie hat sich der Quantität und dem Werte nach mehr als verzehnfacht, ein Zeichen auch für die Entwicklung unserer Industrie. Viel dieser rohen Gewebe werden in Deutschland „veredelt“ und dann wieder ausgeführt. Nicht in gleichem Umfange ist die Ausfuhr gewachsen; sie hat sich in Wert und Quantität etwas mehr als verdoppelt und bleibt von 1892 endgültig hinter der Einfuhr zurück. Als Haupteinfuhrland kommt England in Betracht, das im Jahre 1905 1728 t und im Werte von 6,5 Mill. M. bei uns einführte; die Schweiz steht an zweiter Stelle mit einer Einfuhr von 1129 t und einem Werte von 4,2 Mill. M. Die sämtlichen Ausfuhrzahlen, die ich angegeben habe, beziehen sich auf England. Es absorbiert unsere gesamte Ausfuhr.

Bei den weiter verarbeiteten Geweben ändert sich das Verhältnis von Ein- und Ausfuhr. So finden wir schon bei den

gebleichten, auch appreciierten dichten Geweben

einen bedeutenden Ueberschuß der Ausfuhr. Diese betrug:

| | | |
|------|--------|-------------------------|
| 1900 | 2258 t | im Werte von 9 Mill. M. |
| 1901 | 2265 t | „ „ „ 8,6 „ „ |
| 1901 | 2833 t | „ „ „ 11 „ „ |
| 1903 | 3428 t | „ „ „ 13,7 „ „ |
| 1904 | 2884 t | „ „ „ 11,7 „ „ |
| 1905 | 3252 t | „ „ „ 13 „ „ |

Die Einfuhr beträgt 1/5 bis 1/6 dieser Mengen. Im Jahre 1904 z. B. betrug sie 538 t im Werte von 2,1 Mill. M., 1905 630 t im Werte von 2,4 Mill. M. Von diesen Geweben nimmt am meisten Amerika auf. Die im Jahre 1905 dorthin exportierten 623 t repräsentieren einen Wert von 2,5 Mill. M.

Deutschland ist mit dem Ueberschuß, den es über den Bedarf des heimischen Marktes produziert, auf den Export angewiesen. Die oben angegebene Entwicklung der einzelnen Länder läßt uns gerade die

Aufnahmefähigkeit unserer Kolonien

von der größten Bedeutung erscheinen. Zwar spielen sie für die Textilindustrie noch keine unsere Ausfuhr in nennenswerter Weise beeinflussende Rolle — auch hier sind erst die Anfänge einer Entwicklung gegeben, die allerdings nicht zu unterschätzen ist. In Baumwollgeweben sind es die dichten, gefärbt, bedruckt, ombriert und haptiert, die immerhin schon einen Anteil an der Ausfuhr in unsere Kolonien haben.

Die Ausfuhr nach Ostafrika betrug 1905 401 dz im Werte von 157 000 M. Wenn wir bedenken, daß diese Zahlen 1889 21 bezw. 8000 lauteten, so ist der Erfolg immerhin ein beachtenswerter. Die Ausfuhr nach Kamerun betrug 1905 798 dz im Werte von 287 000 M., nach Togo 1059 dz im Werte von 413 000 M. Westafrika (Kamerun und Togo) nahm bereits 1904 1556 dz im Werte von 607 000 M. auf.

Gerade dieses Gebiet scheint noch sehr aufnahmefähig zu sein, betrug doch die Einfuhr dorthin 1895 nur 258 dz im Werte von 89 000 M., 1900 575 dz im Werte von 224 000 M. Die Einfuhr in Südwestafrika belief sich 1905 auf 808 dz im Werte von 315 000 M. Auch dieser Teil hat innerhalb fünf Jahren das aufgenommene Quantum mehr als verdoppelt — es betrug 1900 348 dz im Werte von 136 000 M. Die Ausfuhr nach unseren übrigen Schutzgebieten, wozu wir auch Kiautschau rechnen, ist nicht bedeutend und kann daher übergangen werden.

Folgende Tabelle zeigt uns die wirtschaftliche Bedeutung und Entwicklung unserer Kolonien. Die Einfuhr von den genannten Geweben aus dem Mutterlande betrug:

| Einführendes Land | 1901 | | 1902 | | 1903 | | 1904 | | 1905 | |
|-------------------|------|---------|------|---------|------|---------|------|---------|------|---------|
| | dz | 1000 M. |
| Ostafrika | 103 | 38 | 88 | 32 | 210 | 80 | 148 | 58 | 401 | 157 |
| Kamerun | 924 | 342 | 1604 | 577 | 1834 | 450 | 1556 | 607 | 738 | 287 |
| Togo | | | | | | | | | 1059 | 413 |
| Südwestafrika | 335 | 124 | 414 | 149 | 426 | 162 | 518 | 202 | 808 | 315 |
| Gesamteinfuhr | 1362 | 504 | 2106 | 758 | 1819 | 692 | 2222 | 867 | 3006 | 1172 |

Diese Zahlen verschwinden allerdings fast, wenn wir die Gesamteinfuhr aus Deutschland überhaupt betrachten: Diese betrug:

| Jahr | Der Ausfuhr | | Jahr | Der Ausfuhr | |
|------|-------------|----------|------|-------------|----------|
| | Menge | Wert | | Menge | Wert |
| | Tonnen | Mill. M. | | Tonnen | Mill. M. |
| 1888 | 13 380 | 49,5 | 1897 | 17 652 | 62,7 |
| 1889 | 12 677 | 48,2 | 1898 | 17 711 | 61,1 |
| 1890 | 13 431 | 51,0 | 1899 | 18 616 | 67,9 |
| 1891 | 14 456 | 50,6 | 1900 | 20 431 | 79,7 |
| 1892 | 18 185 | 61,8 | 1901 | 18 788 | 69,5 |
| 1893 | 17 667 | 63,6 | 1902 | 22 565 | 81,2 |
| 1894 | 14 456 | 49,2 | 1903 | 24 781 | 94,2 |
| 1895 | 16 670 | 57,5 | 1904 | 24 289 | 95,1 |
| 1896 | 16 565 | 57,2 | 1905 | 26 834 | 104,7 |

Die Ausfuhr hat sich nach dieser Tabelle in nicht ganz zwei Jahrzehnten verdoppelt. Auffallend ist der starke Rückgang im Jahre 1894, der bis 1897 anhielt; erst vom Jahre 1898 an wurde der höhere Stand wieder erreicht.

Als Haupteinfuhrland kommt Großbritannien in Betracht, das 1905 4129 t im Werte von 16,1 Mill. M., also fast 1/5 der ganzen Ausfuhr aufnahm. Am zweiten Stelle steht heute Argentinien, das seit 1904 die Niederlande überflügelt hat. Einen großen Teil der Ausfuhr nehmen des ferneren auf: Britisch-Indien, Chile, Brasilien und die Schweiz; die letzten vier Länder sind mit über 1000 t, die Niederlande mit über 2000 t an der Einfuhr beteiligt.

Die Einfuhr nach Deutschland ist im Verhältnis zur Ausfuhr ganz unbedeutend. Sie betrug 1905 319 t im Werte von 1,0 Mill. M.

Arbeiterin und Unfallversicherung.

Wohl wissen alle Arbeiterinnen von der Unfallversicherung, die in den traurigen Fällen von Fabrikunglücken hilft — aber in welcher Weise und in welcher Höhe der materiellen Unterstützung dies geschieht, das wissen wohl viele nicht. Doch haben gerade wir Textilarbeiterinnen ein großes Interesse daran, uns über diese Dinge zu unterrichten; ist doch die Unfallgefahr in unserer Industrie trotz aller Vorrichtungen eine große. In den Gewerbeinspektionsberichten des deutschen Reichs vom Jahre 1909 sind 2583 Betriebsunfälle in der Textilindustrie konstatiert; bei 1235 Unfällen haben die Inspektionsbeamten Untersuchungen vorgenommen. Leider ist nicht angegeben, wie viele dieser Unfälle auf Arbeiterinnen trafen. Nichtsdestoweniger ist schon das genannte Zahlenmaterial ein Hinweis auf die Notwendigkeit, daß wir Arbeiterinnen uns mit der Unfallversicherung befassen. Diese hat bekanntlich in der neuen Reichsversicherungsordnung einige Änderungen erfahren.

Wohl ist nach wie vor die Berufsgenossenschaft, eine pflichtweise Organisation der Arbeitgeber, die Trägerin der Versicherung; auch die Beitragsleistung ist dieselbe Art wie ehemals. Der Unternehmer hat sie allein zu tragen. Doch ist die Versicherungspflicht auf mehr Berufe und Gewerbe ausgedehnt worden, so daß heute ein größerer Teil der Arbeiterin als früher gegen Unfälle versichert wird.

Weiter bringt das neue Gesetz zwei bemerkenswerte Bestimmungen, wovon die eine besagt, daß verbotswidriges Handeln die Annahme eines Betriebsunfalles nicht ausschließt. Damit ist die Gefahr aus dem Wege geräumt, daß die Leistungen der Unfallversicherung solchen Verunglückten entzogen werden können, wo es scheint, daß nur verbotswidriges Handeln den Unfall herbeigeführt hat. Die andere Bestimmung besagt, daß durch Beschluß des Bundesrats die Unfallversicherung auch auf bestimmte gewerbliche Berufskrankheiten ausgedehnt werden kann.

Die Leistungen der Versicherung erstrecken sich zunächst für den Unfallverletzten auf Heilbehandlung, evtl. in Heilanstalten; dann auch auf Gewährung einer Unfallrente, auf Gewährung einer Witwen- und Kinderrente während einer Heilbehandlung — und im Falle des Todes des Verletzten einer Hinterbliebenenrente, die wir nun natürlich nicht verwechseln dürfen mit der Hinterbliebenenfürsorge der Invalidenversicherung. Jedem Unfallverletzten muß ohne weiteres vom 29. Tage an von der Krankenkasse das Krankengeld auf 2/3 des Lohnes erhöht werden.

Die Unfallrente wird nach dem Jahresarbeitsverdienst der verletzten Person berechnet. Dieser Jahresarbeitsverdienst wurde ehemals nur bis zu 1500 Mark voll angerechnet, dagegen in Zukunft bis zur Höhe von 1800 Mark. Was diesen Betrag übersteigt, wird nur mit einem Drittel angerechnet.

Ist nun eine Person durch den Unfall so hilflos, daß dieselbe nicht ohne fremde Hilfe bestehen kann, so wird diesen Umständen entsprechend die Unterstützung oder Rente bis auf den vollen Jahresarbeitsverdienst erhöht. Führt der Unfall zwar nicht zur Hilflosigkeit, aber doch zur völligen Erwerbsunfähigkeit, so beträgt die Rente zwei Drittel des Jahresarbeitsverdienstes, das ist die Vollrente; wenn teilweise Erwerbsunfähigkeit vorliegt, wird eine Teilrente gewährt, die dem Maße der Einbuße an Arbeitsfähigkeit entspricht. Unter denselben Bedingungen, wie die Krankenversicherung für ärztliche Behandlung und Heilmittel, für Unterbringung in Krankenhäusern oder für Pflegepersonal aufkommt oder auskommen kann, ebenso gewährt die Unfallversicherung alles das, was die Folgen des Unfalls beheben kann; sie leitet das Heilverfahren ein und bringt den Verletzten in besondere Heilanstalten. Zumeist greifen auch Krankenkasse und Unfallversicherung ineinander, jedoch ist die Regelung dieser Angelegenheit eine Sache des Unternehmers bzw. der Genossenschaft. Wenn nun einer verletzten Person nach Ablauf von 13 Wochen oder wegen Wegfalls des Krankengeldes schon vorher von der

Genossenschaft die Heilanstaltspflege gewährt wird, so gewährt die Versicherung den Angehörigen eine Rente, in dem Maße, wie sie denselben nach dem Tode der Verletzten zustehen würde.

Die Rentenberechnung geschieht dann in folgender Weise, daß die Angehörigen, deren Hauptnährer die vom Unfall betroffene Person war, also die Frau oder Witwe, die Eltern oder Kinder, sowie Geschwister bis zu einem gewissen Bruchteil des Jahresarbeitsverdienstes Rente erhalten. Es heißt zum Beispiel, daß die Witwe selbst ein Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes erhält, auch die Kinder bis zum vollendeten fünfzehnten Lebensjahre; zusammen dürfen die Hinterbliebenenrenten drei Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes jedoch nicht übersteigen. Bis zu dieser Höhe wird also nach den §§ 607 und 617 die Angehörigenrente bzw. bei Todesfall die Hinterbliebenenrente gewährt. Außerdem ist noch zu konstatieren, daß mit dem Ausscheiden eines Angehörigen — z. B. wenn ein Kind 15 Jahre alt wird — der Rentenanteil der übrigen sich dementsprechend erhöht, was mancher Arbeiterin noch unbekannt sein dürfte.

Wenn nun eine Arbeiterin alleinige Ernährerin ihrer Familie ist, oder eine Arbeiterin die Stütze ihrer Eltern, dann haben im ersten Falle der Mann und die Kinder, im zweiten die Eltern oder Geschwister den rechtlichen Rentenanteil zu gewärtigen. Auch Großeltern, bzw. Enkelkinder kommen in Betracht. Noch ein Punkt ist hier erwähnenswert. Der Vorstand der Genossenschaft kann nämlich einem Rentenempfänger auf Antrag statt der Rente Aufnahme in ein Invaliden-Waisenhaus oder in eine ähnliche Anstalt gewähren.

Als letztes weisen wir darauf hin, daß die Unfallversicherung bei Fällen mit Todesfolge ein Sterbegeld zu gewähren hat und zwar in der Höhe des fünfzehnten Teiles des Jahresarbeitsverdienstes, jedoch mindestens 50 Mark. Diese Leistung ist unabhängig von der Rente.

Hiermit haben wir in großen Zügen den Zweck der Unfallversicherung gezeichnet. Es ist immer und immer wieder notwendig, diese gesetzliche Einrichtung zu erklären, weil gerade bei den Arbeiterinnen noch so viel Unkenntnis in dieser Beziehung zu konstatieren ist. Mögen sie sich doch allerorts mehr der großen Bedeutung dieser Versicherung bewußt werden, die Leistungen derselben erkennen, da diese den Arbeiterinnen keinerlei Belastung bringt.

Aber wir wollen nicht verschäumen, uns im Betriebe die Unfallverhütungsvorschriften mal wieder genau anzusehen! Gar oft wird gegen dieselben verstoßen; so ist es mir bekannt, daß in vielen Betrieben zum Reinigen der Maschinen und Rufen zu wenig Zeit freigegeben wird. Oder es ist die Zeitdauer zu dieser Arbeit nicht verlängert worden, es wird nicht früher abgestellt, obwohl heute fast jede Person in unserer Industrie mehr oder größere Maschinen zu reinigen hat, als früher. Wie oft fühlen sich da Arbeiter und Arbeiterinnen verärgert, die noch im Gang befindlichen Maschinen vor der Zeit zu reinigen! Und welch' große Unfallgefahr wird gerade dadurch heraufbeschworen — wie manches Unglück hat sich da schon ereignet! — Auch ungenügende Vorsicht ist oft die Schuld an einem Unfall.

Kolleginnen! Es muß eine unserer wichtigsten Aufgaben sein, unser Teil zur Unfallverhütung, zur Erhaltung unserer gesunden Glieder, beizutragen. Wo die obenangedeuteten Mißstände herrschen, ist es wohl möglich, selbe zu beseitigen, wenn nur der Organisation davon Mitteilung gemacht wird, damit sie die Besserung der Zustände in die Wege leiten kann. Sind die möglichen Gefahren beseitigt und hüten wir uns selbst — so ist es gut. Und kommt dennoch ein Unfall vor, so wissen wir aus den Darlegungen, daß uns einigermaßen Entschädigung zuteil wird.

Die Tätigkeit der Gewerbegerichte im Jahre 1910.

Das „Reichsarbeitsblatt“ bringt im Augustheft ausführliche statistische Angaben über die Tätigkeit der Gewerbegerichte im Jahre 1910. Wie immer, so sind auch diesmal wieder diese Angaben ein sprechender Beweis für die Bedeutung und die segensreiche Wirkung der Gewerbegerichte im Interesse der Arbeiterin. Wir geben dieselben darum nachstehend auszugsweise wieder.

Die Zahl der Gewerbegerichte belief sich auf 916, darunter 423 Innungsschiedsgerichte, denen die Schlichtung gewerblicher Streitigkeiten zwischen den Handwerksmeistern und deren Gefellen obliegt, und 21 auf den Landesgesetz beruhende Gewerbegerichte.

An diese Gewerbegerichte wurden insgesamt 114 887 Klagen eingereicht und zwar von

- Arbeitern gegen Arbeitgeber 106 725
- Arbeitgebern gegen Arbeiter 7 857
- Arbeitern gegen Mitarbeiter 305

Von diesen Klagen wurden bis Ablauf des Jahres erledigt durch

- Vergleich 48 480
- Verzicht 3 263
- Anerkenntnis . . . 1 583
- Versäumnisurteil . 11 723
- Andere Endurteile . 17 767

In den 17 767 durch „andere Endurteile“ erledigten Klagen betrug die Dauer des Verfahrens

- weniger als eine Woche in 5792 Fällen
- eine bis zwei Wochen „ 5282 „
- zwei Wochen bis ein Monat „ 4562 „
- über ein bis drei Monate „ 1887 „
- über drei Monate „ 244 „

Der Streitgegenstand hatte einen Wert

- bis zu 20 M. in 50 718 Fällen
- von 20 „ „ 50 „ „ 33 420 „
- „ 50 „ „ 100 „ „ 17 335 „
- über 100 „ „ „ 8 769 „

Bei den ans Gewerbegericht eingereichten Klagen ist bekanntlich Berufung an die ordentlichen Gerichte nur zulässig, wenn der Wert des Streitgegenstandes 100 M., nach dem Elsaß-Lothringischen Gewerbegerichtsgesetz 200 M., übersteigt. Trotzdem sich nun dieser in 8769 Fällen über 100 M. belief, waren doch nur 800 Berufungen zu verzeichnen.

Aus dem bisher Angeführten ergibt sich schon zur Evidenz die Bedeutung, die unseren Gewerbegerichten in modernen, industriellen und gewerblichen Arbeitsprozess zukommt. Durch sie finden die eingereichten Klagen eine sach- und sachgemäße Rechtsprechung. Es sind Männer der Praxis, Arbeiter und Arbeitgeber, die hier unter einem unparteiischen Vorsitzenden Recht sprechen. Die Klagen finden auch eine schnelle Erledigung. Das ist für den unbemittelten und fluktuierenden Arbeiterstand ebenfalls von größter Bedeutung. Dazu kommt, daß das Verfahren auch billig ist. Die Gebühren betragen bei einem Streitgegenstand bis zu 50 M. nur 1,50 M., von 50—100 M. nur 3 M. und steigen dann um je 3 M. für jede weitere 100 M. bis höchstens 30 M.; Schreibgebühren werden nicht erhoben. Rechtsanwälte und solche Personen, die die Vertretung gewerblich betreiben, werden am Gewerbegericht nicht zugelassen. Wohl aber kann sich der Arbeiter durch einen Kollegen oder durch eine sonstige Person, die das nicht gewerblich tut, vertreten lassen. Die Zulassung der Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre ist nicht einheitlich geregelt. Manche Gewerbegerichte lassen die Vertretung durch letztere anstandslos zu, andere wieder lehnen dieselbe ab.

Die Gewerbegerichte (abgesehen die Elsaß-Lothringischen) haben auch noch eine weitere wichtige Funktion. Sie dienen als Einigungsämter bei gewerblichen Streitigkeiten. Das Gewerbegericht kann aus eigener Initiative die Vermittlung anbieten. Wird das Gewerbegericht von einer der streitenden Parteien angerufen, so muß der Vorsitzende beide Parteien vorladen. Diese sind verpflichtet, der Vorladung Folge zu leisten, jedoch besteht kein Verhandlungszwang. Im Jahre 1910 wurden die Gewerbegerichte 376 mal um Vermittlung angerufen, und zwar 230 mal von beiden Parteien, 28 mal von den Arbeitgebern und 118 mal von den Arbeitern. Erzielt wurde in 174 Fällen eine Vereinbarung, in 48 Fällen wurde ein Schiedspruch gefällt und in 88 Fällen zeitigte die Anrufung keinerlei Resultat. Von den gefällten Schiedsprüchen wurden 35 von beiden Parteien, 4 nur von den Arbeitgebern, 5 nur von den Arbeitern und 4 von keiner der beiden Parteien anerkannt.

Gutachten, die die Gewerbegerichte auf Verlangen der Behörden erstatten können, wurden 25 abgegeben. Das ihnen zustehende Recht, aus eigener Initiative Anträge in gewerblichen Fragen an Behörden und gesetzgebende Körperschaften zu stellen, haben die Gewerbegerichte nur in 10 Fällen in Anspruch genommen. Es scheint, daß manche Gewerbegerichte die ihnen hier angewiesene Befugnis noch nicht so recht erkannt haben.

Damit hätten wir das Besentlichste wiedergegeben. Die sich aus den angeführten Zahlen ergebende bedeutungsvolle Tätigkeit der Gewerbegerichte müge für all unsere Kollegen ein neuer Ansporn sein, mit aller Kraft darnach zu streben, der christlichen Arbeiterin eine ihrer Stärke entsprechende Vertretung in diesen sozialen Institutionen zu verschaffen.

Aus der Arbeiterbewegung.

Ein rührendes Interesse für die christlich gesinnten Arbeiter bekundet die „Düsseldorfer Volkszeitung“. Sie prophezeit die „Auflösung“ der christlichen Gewerkschaften infolge eines Nachwortes von Rom und bittet und fleht die christlichen, insbesondere die evangelischen Arbeiter an, sich vor dieser „Blamage“ zu bewahren und jetzt schon den — sozialdemokratischen Organisationen beizutreten. Das sozialdemokratische Blatt meint in Nr. 223, 1911:

„Die Berliner Richtung — konfessionelle Sachabteilungen — wird triumphieren, das unterliegt keinem Zweifel mehr. Der Ausgang der Sache wird eben nur noch künstlich verzögert bis nach den Reichstagswahlen; dann bricht das Unheil über die christlichen Gewerkschaften über mit aller Macht herein. Erst müssen die Christlichen für das Zentrum die nötigen Handlangerdienste bei den Wahlen verrichten, dann werden sie in den Staub gedrückt. Die Auflösung der interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften wird von Rom aus befohlen und jeder etwaige Widerstand dagegen ist nutzlos. Die ganze hoch gepriesene und bei jeder Gelegenheit betonte Selbständigkeit der christlichen Gewerkschaften wird sich dann im hellsten Lichte, in voller Glorie zeigen. Und die protestantischen Mitglieder? Wie uns mitgeteilt wird, geht man in den maßgebenden protestantischen Kreisen mit der Absicht um, sämtlichen evangelischen Mitgliedern der Zentrumsgewerkschaften nahezu legen, schon jetzt die Konsequenzen zu ziehen, und einmütig aus diesen Gewerkschaften auszutreten. Es ist ja leicht verständlich, daß die evangelischen Spitzen sich selbst und den evangelischen Mitgliedern die Blamage ersparen wollen, daß sie aus den christlichen Gewerkschaften zuerst herausgeworfen werden; sie waren ja ohnehin stets das fünfte Rad am Wagen und wurden bei jeder Gelegenheit übergangen und beiseite geschoben. Werden dieselben nach ihrem Austritt zu der richtigen Erkenntnis kommen, was sie sich, der Fehlung ihrer wirtschaft-

lichen Lage und ihren Arbeitsbrüdern gegenüber schuldig sind? Werden sie Anschluß suchen an die starken freien Organisationen, von denen sie nur immer künstlich von fanatischen Eigenbrütlern getrennt wurden?"

Der letzte Satz verrät zur Genüge den Zweck dieses Geschreibsels. Es ist die alte Taktik, die evangelischen Arbeiter sollen vor den christlichen Gewerkschaften gewarnt gemacht und für die "freien" Gewerkschaften bereit gemacht werden. Darum marschieren die ersteren wieder mal als "Zentrumsgewerkschaften" auf, während dieselbe "Düsseldorfer Volksztg." noch in der Nummer vorher (Nr. 222) behauptete:

"Dann stehen den christlichen Gewerkschaften noch andere Parteien als das Zentrum nahe. Evangelisch-nationalliberale und christlich-sozial-antifemistische Arbeiterscharen gehören in genannten Provinzen zu Tausenden den christlichen Gewerkschaften als Mitglieder an."

Also bald so, bald so, wie's trifft. Auch bezüglich des Gefahls über die "Auflösung" der christlichen Gewerkschaften ist natürlich bei den Genossen der Wunsch der Vater des Gedankens. Die "Vorberer", die die "Rheinisch-Westfälische", das Organ der Scharfmacher, in dieser Frage geerrtet hat, lassen anscheinend die Genossen nicht ruhen. Sie suchen in der Aufstichung unwahrer, aus den Fingern geflogenen Behauptungen das Scharfmacherblatt noch zu übertreffen. Jeder blamiert sich eben so gut er kann. Im übrigen werden die christlich-organisierten Arbeiter bei der Konfession schon dafür sorgen, daß den Genossen das Vergnügen, den Untergang der christlichen Gewerkschaften zu prophezeien, noch recht lange erhalten bleibt.

Landeskongress der christlichen Gewerkschaften im Großherzogtum Oldenburg und Freistaat Bremen. Am 24. September fand in Oldenburg i. O. eine Landeskongress der christlichen Gewerkschaften für die obenbezeichneten Gebiete statt, an der 42 Delegierte teilnahmen. Die konfessionellen Vereine Oldenburgs hatten eine Anzahl Vertreter entsandt, was von der Kongress freudig begrüßt wurde.

Nach Erledigung geschäftlicher Formalitäten erstattete der Sekretär des Gesamtverbandes, Kollege Hartmann-Hamburg, einen umfangreichen Bericht über den Stand und die weitere Entwicklung der christlichen Gewerkschaftsbewegung in genanntem Gebiete. Aus dem Bericht war zu entnehmen, daß die christlichen Gewerkschaften in Oldenburg und Bremen sich eine feste Position geschaffen haben, wodurch ein weiteres Erstarken der Bewegung zu erwarten ist. Es bestehen zur Zeit 48 Ortsgruppen mit rund 2380 Mitgliedern. Ortskartelle sind sieben vorhanden.

Nach einem instruktiven Referat des Kollegen Zumbrodt-Hannover über "praktische Arbeit in den Ortsgruppen" wurde in die Generaldebatte eingetreten, wobei sämtliche Diskussionsredner eine rege geistige Schulung erkennen ließen. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand das Referat des Kollegen Böhme-Hannover über: "Die volkswirtschaftliche Bedeutung der christlichen Gewerkschaften". In markanter Weise erbrachte Redner den Nachweis, daß die christlichen Gewerkschaften einen unverkennbaren, im Interesse des Arbeiterstandes liegenden Einfluß im Wirtschaftsleben ausüben. Der von allen Anwesenden beifällig angenommene Vortrag wird seine Wirkung nicht verfehlen.

Fast zusammenfassend darf gesagt werden, diese in jeder Beziehung harmonisch verlaufene Tagung hat bei allen Beteiligten neue Begeisterung für unsere Ideale angestiftet.

Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

"Die am Sonntag, den 24. 9. 1911 in Oldenburg tagende Kongress der christlichen Gewerkschaften erklärt, das in allen Orten des Bezirks mit aller Energie in die Agitation für die Durchsetzung der christlichen Gewerkschaftsbewegung eingetreten wird. Die Delegierten werden mit aller Kraft für ein kräftiges Hand-in-Hand-Arbeiten in den Kartellen, für eine stärkere finanzielle und ideale Stärkung der Agitations- und Bildungsarbeit in den Kartellen eintreten. Die Kongress erklärt ferner, daß mit allem Nachdruck die Massenübererschaft mit den konfessionellen Vereinen geübt werden und Maßnahmen ergriffen werden, um die gegenseitige Durchschlagstrafe zu fördern. Zum Schluß fordert die Kongress alle Ortsgruppen auf, mit Ernst sich den gewerkschaftlichen und konfessionellen Organisationen der schuldlosen Jugend zu widmen."

Hierauf wurde die Kongress mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die christliche Gewerkschaftsbewegung vom Vorsitzenden Kollegen Jahn geschlossen.

Die Wirkung sozialdemokratischer Moral- und Sittlichkeitsbegriffe. Die Filiale Hannover-Linden des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes veranstaltet "populär-wissenschaftliche" Abende. Der erste fand Dienstag, den 19. September, statt. Als Thema war vorgesehen: "Zuberlegen und kein Ende." Referentin war eine Frau Harder aus Bremen. Männern war der Zutritt zur Versammlung nicht gestattet. Die Versammlung setzte sich hauptsächlich zusammen aus jungen Mädchen von 15-20 Jahren. Schon das Thema an sich zeigt zur Genüge, in welchem Sinne die Referentin diese Materie behandelte. Tatsächlich muß das, was sie den Arbeiterinnen und Frauen zu bieten wagte, als geradezu skandalös, als Volksvergiftung im wahren Sinne des Wortes bezeichnet werden. Wir zitieren nach der "Hannoverschen Volksztg." (Nr. 221, 27. Sept.):

Der Inhalt der Gemeinheiten wiederzugeben, verbietet der Anstand. Es genügt zu berichten, das die Referentin, auch bei den Genossen üblichen Schimpferien, anforderte

den Nachwuchs zu regulieren. Der Reihe nach besprach sie alle bestehenden Vorbeugungsmittel, warnte vor jenen, die mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt bringen, der Form halber, beschrieb aber ganz genau wie es gemacht wird, welche Mittel gesundheitsförderlich seien, und welche nicht und riet dazu, im Falle einer Abtreibung der Nachbarin gegenüber reinen Mund zu halten, denn nur dadurch kämen diese Dinge zur Kenntnis der Polizei. Die reichen Leute hielten sich für die Abtreibung einen Arzt, bei armen Leuten ließe sich kein Arzt dazu bereit finden."

Die Rednerin empfahl zum Schluß neben andern unschädlichen Mitteln einen ganz bestimmten Vorbeugungsartikel, nannte die Bezugsquelle und gab neben andern Einzelheiten eine genaue Gebrauchsanweisung. Die jungen Mädchen wies sie darauf hin, daß sie genau so wie die verheirateten Frauen das Recht auf Lebensfreude hätten. Eventuelle Folgen könnten und müßten sie vorbeugen.

Man greift sich angesichts dieser Angaben unwillkürlich an den Kopf und fragt sich, wie ist es möglich, daß eine Organisation, die sich angeblich die Erziehung und kulturelle Hebung der Arbeitermassen zum Ziel gesetzt hat, die Hand bietet zu derartigen, jede Moral und jedes sittliche Empfinden untergrabenden Bestrebungen. Doch, das ist die Konsequenz der sozialdemokratischen Weltanschauung mit ihrem Moralbegriff: Sittlich ist, was Sitte ist. Angesichts solcher Tatsachen muß noch mehr wie bisher das Bestreben all jener, die es gut mit unserm Volke und mit dem Arbeiterstand meinen, dahin gehen, die Arbeiterinnen vom Eintritt in die sozialdemokratischen Gewerkschaften abzuhalten und sie den christlichen Berufsorganisationen zuzuführen.

Staatliche Schiedsgerichte für die englische Textilindustrie. Die englische Textilindustrie hat im letzten Jahre wiederholt heftige Arbeiterkämpfe erlebt. Die bestehenden Vorbeugungsmaßnahmen, so der "Brookland Vertrag", der in dieser Zeitung wiederholt besprochen worden ist, hat das nicht ganz zu verhindern vermocht. Sowohl in Arbeiter- als auch in Unternehmerkreisen sind darum Stimmen laut geworden, die eine Reformierung bezw. Ergänzung des genannten Vertrages als Streitvorbeugungsmittel verlangten. Aus den Reihen der Unternehmer selber ist seinerzeit der Vorschlag gemacht worden, von Staatswegen ein Schiedsgericht einzurichten, das bei allen Differenzen angerufen werden muß, bevor es zum Streik bezw. zur Aussperrung kommen soll.

Die Tagespresse berichtet nun darüber folgendes: "Der seinerzeit von dem Vorsitzenden der Vereinigung der englischen Baumwollspinner, Herrn Macara, gemachte Vorschlag zur Vermeidung von Streiks oder Aussperrungen in der englischen Textilindustrie von Staatswegen ständige Schiedsgerichte zu bestellen, findet in den Kreisen der englischen Textilindustrie, und zwar sowohl bei den Arbeitgebern wie bei den Arbeitnehmern, lebhaftest Zustimmung. Es ist eine Petition an die gesetzgebende Körperschaft gerichtet worden, welche die Ausführung dieses Planes wünscht, und welche schon zahlreiche Unterschriften gefunden hat. Nach dem Vorschlage des Herrn Macara soll das Schiedsgericht zusammentreten, bevor ein Streik ausbricht oder eine Aussperrung stattfindet."

In Deutschland sind die Verhältnisse für derartige Einrichtungen in der Textilindustrie wohl noch nicht reif. Sie setzen zunächst mal die rückhaltlose Anerkennung der Gewerkschaften als die berufene Streitvermittlung der Arbeiter von den Unternehmern voraus. Und daran mangelt es bei uns noch sehr. Es gehört überhaupt zu einem solchen Schiedsgericht eine Einstellung unter den Unternehmern, die unsern deutschen Fabrikanten im allgemeinen noch abgeht und jener eine Entwicklung im Arbeitsvertrage, die wir noch nicht haben.

Wir zweifeln aber gar nicht daran, daß auch bei uns die Entwicklung einmal solche Einrichtungen notwendig und brauchbar machen wird.

Genau so wie bei uns. Am 24. September fand in St. Gallen der schweizerische (sozialdemokratische) Gewerkschaftskongress statt. Derselbe regelte u. a. auch das Verhältnis der Gewerkschaften zur sozialdemokratischen Partei. Das zu diesem Punkte vorgelegene Referat: "Partei und Gewerkschaften", behandelte der "Genosse" Pfarrer Engler, der Präsident des Textilarbeiterverbandes. Ueber dessen Ausführungen lesen wir im "Sonderausg." Nr. 226, 27. Sept. 1911):

"Der Referent schilderte die Entstehung der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften, ihre besonderen und gemeinsamen Aufgaben und er lehnte sich dabei auch an auf die im Entwurf vorliegende Resolution über die Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften, die er zur Annahme empfahl. Die vorgeschlagene Vereinbarung geht von dem Beschluß des internationalen Sozialkongresses in Stuttgart über die Beziehungen zwischen der politischen Partei und den Gewerkschaften aus, betont die Arbeitsteilung der beiden Arbeiterorganisationen, aber auch die gemeinsamen Aufgaben, so daß sie beide in ihren Erfolgen und Niederlagen von einander abhängig sind, weshalb sie bei ihren Aktionen innerhalb ihrer Grenzen aufeinander Rücksicht nehmen müssen, um einen möglichst großen Fortschritt der gesamten Arbeiterklasse im Klassenkampf zu erzielen. Jedes Mitglied der Partei soll seiner Gewerkschaft angehören und umgekehrt jeder sozialdemokratisch gesinnte Berufsgenosse politisch organisiert sein. Schließlich wird gesagt: "Um die politische und gewerkschaftliche Einheit des Handelndes der Arbeiter in der Schweiz zu fördern, wird die sozialdemokratische Partei mit dem schweizerischen Gewerkschaftsbund, als Vertreter der auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaftsorganisationen, ständige Beziehungen aufrechterhalten. Ebenso ist die Zusammen-

fassung der gewerkschaftlichen und politischen Vereine eines Ortes in einer Arbeiterunion auf das dringendste zu empfehlen."

Vor einigen Jahren noch glaubten christliche Sozialpolitiker der Schweiz an die Möglichkeit, die bestehenden Gewerkschaften sozialistischer Richtung zu neutralisieren. Sie waren darum gegen die Gründung christlicher Gewerkschaften und propagierten den Masseneintritt christlicher Arbeiter in die vorhandenen Organisationen, um so ihr Ziel erreichen zu können. Ihre Absicht war edel und entsprang ihrer arbeiterfreundlichen Gesinnung. Die Entwicklung der Dinge hat aber bewiesen, daß jene Recht behielten, die einen immer weiter vor sich gehenden, unaufhaltbaren Abmarsch auch der schweizerischen Gewerkschaften ins sozialdemokratische Lager vorausprophzeiten und die Gründung christlicher Organisationen als dringend nötig bezeichneten. Heute gilt auch bereits in der Schweiz bezüglich der sozialdemokratischen Gewerkschaften der Grundsatz: Partei und Gewerkschaften sind eins. So hat sich auch in diesem Lande Klipp und Klar gezeigt, daß die eigentlichen Arbeiterzersplitterer im sozialdemokratischen Lager zu suchen sind.

Mehr Schutz den Arbeitswilligen. Unter dieser Devise wird zur Zeit offen und hinter den Kulissen gegen die Koalitionsfreiheit der Arbeiter angekämpft. Die Gegner des Koalitionsrechtes halten den jetzigen Moment für günstig, ihren Bestrebungen Erfolg zu verschaffen. Das Material, das Sozialdemokratie und "freie" Gewerkschaften durch ihr terroristisches und vaterlandsfeindliches Gebaren geliefert haben, soll ausgenutzt werden. Die "Deutsche Industrie-Zeitung" (Nr. 38, 1911), das Organ des Zentralverbandes deutscher Industrieller, ist bereits voller Hoffnung. Sie meint, wir ständen vor einem Wendepunkt in der Sozialpolitik. In weiteren Kreisen sei die Ansicht durchgedrungen, daß die Belastung unserer Industrie das Maß des Erträglichen erreicht, wenn nicht überschritten habe. Dann wird wörtlich gesagt:

"Aber noch aus andern Gründen kann man diese Behauptung aufstellen. Es ist der immer stärker um sich greifende Unwille der bürgerlichen Gesellschaft über die Zwangsherrschaft der Sozialdemokratie und über die sozialpolitische Wirkungslosigkeit unserer sozialen Gesetze in bezug auf die Gesinnung unserer Arbeiterklasse. Letztere erkennt nichts von allen den gewaltigen Leistungen und vorzüglichsten Einrichtungen des Staates für sie an, beharrt vielmehr in ihrer staatsfeindlichen, klassenkämpferischen Gesinnung und Richtung und übt auf Unternehmern wie arbeitswillige Arbeiter einen immer unerträglicheren Zwang aus. Allgemein ist daher auch das Verlangen nach Gesetzesbestimmungen zum Schutze der Arbeitswilligen, die jetzt tatsächlich schutzlos sind gegen Bedrohungen und Vergewaltigungen seitens der Arbeiterorganisationen, und es besteht begründete Aussicht darauf, daß Regierung und Reichstag sich demnächst zu einer entsprechenden Gesetzesmaßnahme aufschwingen werden."

Da heißt's also auf der Hut zu sein, um so mehr, als diese Bestrebungen, wenn auch zum Teil aus andern Gründen, selbst in Handwerker- und Mittelstandskreisen mehr und mehr Anklang und Unterstützung finden. Unangenehme Erfahrungen mit den Gewerkschaften und Konsumvereinen haben vielen Mittelständlern den klaren Blick so getrübt, daß sie für alles sind, was gegen die Arbeiter unternommen wird. So wird z. B. in einem jetzt veröffentlichten Aufruf des "Zentralausschusses der vereinigten Innungsverbände Deutschlands" verlangt:

"Ablehnung insbesondere der Arbeitskammern, der Arbeitslosenversicherung; dagegen Schutz der Arbeitswilligen."

Auch der in den letzten Tagen in Dresden ins Leben gerufene Mittelstandsbund scheint ähnlichen Ansichten zu huldigen. In einer in der Gründungsversammlung angenommenen Resolution werden "willkürliche Arbeitsentstellung, verbunden mit Tarifbruch, Koalitionszwang, Bedrohung der Arbeitswilligen, öffentliche Verleumdung der Arbeitgeber, Uebernahme der Betriebe als nur zu häufig geübter Mißbrauch des Koalitionsrechtes" bezeichnet, der durch Erweiterung bestehender Gesetze und durch ein Gesetz zur Verleihung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine (! D. Red.) beseitigt werden soll.

Aus all dem ergibt sich, daß das klassenkämpferische, phrasentramtane Gebaren der Genossen bereits Früchte zu zeitigen beginnt. Je mehr die sozialdemokratische Bewegung anschwimmt, je stärker insbesondere bei den nächsten Reichstagswahlen ihre Vertretung im Reichstage wird, desto größer auch wird die Gefahr, daß die reaktionären Strömungen den Sieg davontragen. Für uns ergibt sich hieraus die unabwiesbare Notwendigkeit, unsere Bewegung zu stärken, Massen zu sammeln, weil gerade dadurch am besten solchen Strömungen entgegen gearbeitet wird.

Als eine Verhöhnung der Arbeiter muß man folgende Ausführungen bezeichnen, die in Nr. 39 der "Arbeiter-Zeitung" zu finden sind:

"Wie lebt der Arbeiter? Mag man diese Frage in einer Versammlung gelehrter Volkswirtschaftler und Sozialpolitiker oder in einer privaten Gesellschaft aufwerfen, sofort wird sich eine lebhafteste Auseinandersetzung aufspinnen, und man wird Tausende von Ansichten zu hören bekommen, denen die Eigentümlichkeit anhaftet, daß sie einander sämtlich aufs schärfste widersprechen. Da wird über die feinsten Erfahrungen berichtet. Der eine erzählt, er wohne in einer Arbeitergegend und habe seit Jahren die Beobachtung gemacht, daß gerade hier die schönsten und besten Erplinger der Saison auf den Markt gebracht wären. Anschaulich wird dargestellt, wie sich die Arbeiterfrauen Hüner, Enten und Gänse, das schönste Gemüse und Obst einkaufen. Be-

jucht man abends die Restaurationen und Vergnügungslöfale, in denen die Arbeiterchaft verkehrt, so findet man sie trotz Teuerung, Not und Verelendung, Tag für Tag bis auf den letzten Platz gefüllt, und man sieht, wie es sich auch vielköpfige Proletarierfamilien bei warmem Abendbrot und beim fröhlichen Schoppen gütlich tun. Solche Bilder hat tatsächlich auch jeder gesehen, der mit offenen Augen ins Leben schaut, und er hat sie gewiß mit herzlicher Befriedigung in sich aufgenommen."

Man kann nur annehmen, daß der Verfasser dieser Zeilen wenig oder gar kein Empfinden hat für die Bitterkeit und den Groll, den diese Darstellung gerade jetzt zur Zeit beispielloser Teuerung bei der Arbeiterchaft wachrufen muß. Man muß die geradezu tolle Verallgemeinerung als eine pure Verhöhnung aufnehmen. Dem Verfasser wäre von Herzen zu gönnen, daß er mal den ganzen Winter hindurch mit einem schmalen Arbeiter-einkommen haushalten müßte. Er würde dann andere Töne singen.

Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ über die Frauenfrage. Die Nummer 39 vom 24. September 1911 bringt einen Artikel, der sich mit der Frage befaßt: „Wie lebt der Arbeiter?“ Ein erschöpfendes Material darüber, wie der Arbeiter lebt, ergeben nicht einmal die Erhebungen, die das Kaiserlich Statistische Amt machen ließ, indem von 960 Haushaltungsbüchern, die daselbst von Arbeiterfamilien durchgeprüft hatte, nur 852 bearbeitet werden konnten; von diesen wieder stimmte die Jahresrechnung nur in 413 Büchern, dagegen zeigten 439 Rechnungen einen Fehlbetrag. Diesen will nun die Arbeitgeberzeitung dadurch erklären, daß da „offenbar die Ausgaben zwar mit großer Genauigkeit, die Einnahmen aber nur unvollständig gebucht worden sind“. Diese Behauptung ist jedoch wohl in den wenigsten Fällen zutreffend — wir meinen, bei der Aufzeichnung der Ausgaben sind immer auch die Einkommensteuern gebucht und nach diesen wäre es von amtlicher Seite wohl nicht unmögl. festzustellen, ob das aufgerechnete Gesamteinkommen der Wahrheit entspricht. Viel eher ist u. E. anzunehmen, daß es tatsächlich viele Familien gibt, wo das Einkommen zur Befreiung der notwendigen und oft unvorhergesehenen Ausgaben kaum ausreicht. —

Und da kommt die deutsche Arbeitgeberzeitung auf ein interessantes Gebiet. Sie stellt fest, daß aus den statistisch verarbeiteten Haushaltungsbüchern zu ersehen sei, wie in solchen Familien, wo ein zufriedensstellendes Ergebnis zu verzeichnen war, auf alle Fälle eine tüchtige Frau sei, die es verstände, mit der Einnahme hauszuhalten. Und es heißt weiter:

„Wenn man sagt, daß die Einnahme Sache des Mannes, das Ausgeben Sache der Frau ist, so liegt hier die einzige und eigentliche Frauenfrage verborgen. Für alle Zeiten wird unsere Frage, wie die Arbeiterchaft lebt, nur individuell zu beantworten sein. Bei der gleichen Lohnhöhe wird der eine Arbeiter gut, der andere schlecht, der eine zufrieden, der andere verbittert sein Dasein verbringen. Im allgemeinen aber wird ein großer Teil der „sozialen Frage“ in dem Augenblick gelöst sein, wo die Arbeiterfrauen nicht mehr wie heute gänzlich ratlos und unvorberichtet die Führung eines Haushaltes übernehmen. Wie jetzt die Dinge vielfach liegen, muß natürlich jedes ungewöhnliche Ereignis, sagen wir jede Teuerung den ganzen Etat einer Arbeiterfamilie auf den Kopf stellen. In den allermeisten Fällen ist die Frau auf ein bestimmtes Schema der Wirtschaftsführung eingedrückt und außerstande, sich im geringsten auf andere Weise zu helfen. Für Sauberkeit und Wohnlichkeit, für Kleidung und Erziehung gilt das gleiche wie für die Ernährung. Auch hier zeigt trotz rühmender Bestrebungen die Ausbildung der weiblichen Jugend noch immer ein schweres Manko. Gerade angesichts der augenblicklichen Zustände kann nicht laut genug die Forderung erhoben werden, daß die Anlässe zur Hebung des hauswirtschaftlichen Unterrichtes kräftig und sinngemäß gefördert werden.“

Wir sind der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ für dieses letztere Geständnis sehr dankbar. Denn einerseits schafft sie dadurch vielleicht in den Arbeitgebern etwas mehr Sympathie für den hauswirtschaftlichen Unterricht der Arbeiterinnen und dann auch für die Form, wie derselbe am besten erteilt werden kann. Andererseits bestärkt uns die obgenannte Aeußerung in unserem Vorhaben, von seiten der christlichen Organisation selbst dazu beizutragen, daß der hauswirtschaftliche Unterricht systematisch wird mit der Zeit. Unser Standpunkt ist der, daß jedem erwerbstätigen Mädchen nicht nur das durch Schulung beigebracht wird, was eben das Erwerbsleben betrifft, sondern daß folgerichtig auch die Kenntnisse über die praktische Bewertung des Erworbenen sich hinzugesellen müssen. Inwiefern wir zurzeit die Anlässe des hauswirtschaftlichen Unterrichtes kräftig zu fördern suchen, haben wir in dieser Zeitung schon klar dargetan. Und schließlich wird die Pflichtfortbildungsschule das Beste tun.

F. S.

Sozialdemokratische Rohlinge. Vor einigen Wochen wurden, wie der „Gewerkverein“, das Zentralorgan der Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften, unter dem 20. Sept. 1911 mitteilte, in Wimmendorf b. Halle drei Mitglieder des Gewerkschafts der Holzarbeiter spät abends überfallen und so schwer mißhandelt, daß einer von ihnen, namens Kötter, an den Verletzungen starb. Die Täter wurden auf der Flucht ergriffen. Die begleitenden Umstände mußten den Anschein erwecken, daß der Ueberfall von „Genossen“ ausgeführt war, und auch in der Presse wurde die Sache so dargestellt.

Der „Vorwärts“ und das „Halle'sche Volksblatt“ nahmen nun mit verdächtigem Eifer die Täter in Schutz. Der „Vorwärts“ behauptete sogar, die Hirsch-Dunder'schen

seien die Angreifer gewesen und die Genossen hätten nur in Notwehr gehandelt. Demgegenüber gibt der „Gewerkverein“ folgende Schilderung des Ueberfalls:

„Die Tat wurde in der Nähe unseres Vereinslokals der Brothauschenke verübt, welche von der Sozialdemokratie boykottiert ist. Unsere Kollegen wurden von hinten überfallen, wobei Kötter neben anderen Verletzungen einen Stich in die Lunge erhielt, der seinen Tod herbeiführte. Die Täter flüchteten sofort über die Mauern und Gärten hinweg, bis sie in einer Sadgasse festgenommen wurden. Da muß man doch gegenüber der sozialdemokratischen Presse die Frage aufwerfen, warum die Leute flüchteten, die nach dem „Vorwärts“ in Notwehr gehandelt haben. Warum bleiben ferner die Täter in Haft, wenn die Behauptung des „Vorwärts“ richtig wäre? Nun sagt dieses Blatt, der Täter sei acht Tage vorher von Lindner'schen Wagenarbeitern überfallen und mit Messern und Gummischläuchen bearbeitet worden. Warum ist denn der Behörde davon keine Anzeige erstattet worden? Aber selbst dann, wenn der Täter acht Tage vorher überfallen wurde, wie kann dann der „Vorwärts“ sagen, die Leute hätten in Notwehr gehandelt, indem sie hinterhältig ruhig ihres Weges gehende Leute über den Haufen stießen?“

Der „Gewerkverein“ fügt dem bei, es gehöre schon eine Portion Gefühllosigkeit dazu, ein derartig trauriges Vorkommen so zugunsten der Täter zu entstellen. Da brauche man sich auch nicht darüber zu wundern, daß am Tage nach der Ermordung die „Genossen“ im Betriebe bei Lindner angeschrieben hatten: „Heute frisches Hirschfleisch!“ womit sie den Niedergetroffenen meinten. Solchen Verurtheilungen, welche in dieser unfähig gemeinen Weise ihre Gefühllosigkeit an den Tag legen, sei natürlich alles zuzutrauen. Die sozialdemokratische Presse aber würde gut tun, wenn sie bei der Beschönigung derartiger Vorkommnisse weniger Eifer an den Tag legte. Sie mache sich sonst zur Mitschuldigen und müsse den Verdacht erwecken, daß in der Tat zwischen ihr und den Nordbuben Beziehungen bestehen, die eine Verteidigung bedingen.

Die 2. Vertreterversammlung des Verbandes evangelischer Arbeiterinnenvereine Deutschlands fand am 18. und 19. September in Dresden statt und vereinigte eine große Anzahl Delegierter zur Beratung ihrer Standesinteressen. Die erste Vorsitzende des Verbandes Fr. v. Feldmann-Barsinghausen, eröffnete die Tagung und begrüßte die erschienenen Delegierten und Gäste. Unter den letzteren befanden sich die Vertreter der Behörden und Vertreter der auf gleichem Boden arbeitenden Verbände und Vereine, die alle ihre besondere Freude über die tatkräftige Mitarbeit der Arbeiterinnen in Verbänden aussprachen und darauf hinwiesen, wie wertvoll die Gesinnungspflege, die in den evangelischen Arbeiterinnenvereinen getrieben wird, für unser ganzes Volksleben sei. Von allen Seiten wurde dem Verbandslebhafteste Unterstützung zugesagt.

Mit großem Interesse wurden drei Reserate entgegengenommen über die „Evangelischen Arbeiterinnenvereine und die nationale Arbeiterbewegung“ von Herrn Pastor Drechsler, „Die Evangelischen Arbeiterinnenvereine und die innere Mission“ von Herrn Pastor Scheffen und „Die Evangelischen Arbeiterinnenvereine und die christliche Frauenbewegung“ von Frau Dr. v. Werthern, welche die innere Zusammengehörigkeit klarlegten, welche zwischen der Arbeit des Verbandes und diesen drei großen Arbeitsgebieten der Volkswohlfahrt besteht.

Der Geschäftsbericht gab ein erfreuliches Bild von der Tätigkeit des Verbandes. Das Verbandsorgan „Die deutsche Arbeiterin“ wird in ca. 4500 Exemplaren gelesen. Besonders lebhaftes Interesse fanden einige Anträge der Vereine betr. Einrichtung von Spargelungen für die Vereinsmitglieder, Einrichtung von sozialen Ausbildungskursen zur Schulung von Arbeiterinnen Vorstandsmitgliedern und Beamtinnen der Vereine und die Anträge betr. Ausgestaltung des Verbandsorgans.

In den Nebenversammlungen wurden folgende Vorträge gehalten, die anregende und fördernde Diskussionen hervorriefen: 1. Die Gartenstadt Hellerau, 2. Erholungsheim für Arbeiterinnen, 3. Verwendung der Mitgliederbeiträge, 4. Die Arbeit in den Arbeiterinnenheimen, 5. Kinderausflüge.

Jede Auskunft über den Verband evangelischer Arbeiterinnenvereine erteilt das Sekretariat Hannover-Döhren, Bahnstraße 1.

Aus unserer Industrie.

Der Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie im Monat August

Schildert das „Reichsarbeitsblatt“ also: Ueber die Lage der Baumwollspinnereien liegen in diesem Monate nur wenig Berichte vor. Fast durchweg klagen diese über geringe Beschäftigung und Verlust bringende Preise und stellen eine Verschlechterung gegenüber dem Vormonat und Vorjahre fest. Nur zwei Spinnereien aus Süd- und Mitteldeutschland berichten über eine geringe Verbesserung in der Beschäftigung, doch klagen auch diese über ungenügende Preise.

In der Baumwollbuntweberei hat sich die Geschäftslage gegen den Vormonat noch verschlechtert, da die hohen Lebensmittelpreise und die Viehschleusen lähmend auf die Geschäftslage einwirken, und die Kundschaft auf weiteren Rückgang der Baumwollpreise rechnet. In Schlesien mußten die meisten Betriebe mit Arbeitszeitverlängerung arbeiten.

Auch die Kammgarnspinnereien weisen in Schlesien gegenüber dem Vormonat eine Verschlechterung auf. Die schlesische Wollwarenfabrikation dagegen war zufriedenstellend beschäftigt.

In wollenen Damenkleiderstoffen hat nach einem Berichte des Verbandes Sächsisch-Thüringischer Webereien der Rückgang in der Beschäftigung weiter angehalten.

Ueber die Lage der Tuchfabrikation lauten die Nachrichten aus Görlitz und Sagan, sowie aus Lützenwalde und Kamenz günstig, dagegen berichten alle übrigen Fabriken über einen unverändert schlechten Geschäftsgang.

In der schlesischen Seidenfabrikation war die Beschäftigung der Webereien schlechter als im vergangenen Monate, weil die Kundschaft auf einen Rückgang der Preise rechnet. Infolgedessen haben einzelne Fabriken die Arbeitszeit schon auf fünf Tage verkürzt. Die Spinnereien sind noch durch alte Aufträge gut beschäftigt, neue gehen dagegen nur überaus spärlich ein.

In der Feseler Samt-Industrie war der Geschäftsgang wie in den Vormonaten gut, in der Seidenstoff-Industrie dagegen mittelmäßig, und sehr schlecht in der Samtbandfabrikation.

Nach einem Berichte des Syndikats elbäffischer Pappendrucker war die Beschäftigung genügend. In Bleichereien, Färbereien und Appreturanstalten machte sich in der zweiten Hälfte des Berichtsmontats zwar eine Besserung bemerkbar, doch ließ die Lage immer noch zu wünschen übrig.

In Strickgarnen war der Geschäftsgang im Berichtsmontate recht lebhaft, da die Lieferungen für den Herbstbedarf zur Ausführung kamen.

Die württembergische Trikotwarenfabrikation hatte im Vormonate befriedigend zu tun.

Die Hanfspinnereien und Bindfadenfabriken wiesen gegen den Vormonat keine Veränderung auf.

Nach dem Berichte des Verbandes Deutscher Kammhaarspinner war der Geschäftsgang gut und besser als im Vorjahr und im Vormonate.

Aus der Textilindustrie berichten 461 Betriebskrankenkassen mit 92556 männlichen und 108857 weiblichen Mitgliedern. Gegen den Bestand am 1. August ergab sich am 1. September eine Abnahme der versicherungspflichtigen Mitglieder ohne Kranke (99 männliche, 449 weibliche).

Die Fabrikation sogenannter englischer Stoffe in Deutschland.

Die vor kurzer Zeit gemeldete Trufbildung der Berliner Wollwarenfabriken gibt Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die Fabrikation sogenannter englischer Stoffe in Deutschland, welche von diesen Berliner Vereinigten Wollwarenfabriken hergestellt werden, noch keineswegs sehr alt ist. Erst nach der Einführung des Zolltarifes begannen einzelne Berliner Fabrikanten, und zwar die Firma D. J. Lehmann, welche später in die Aktien-gesellschaft Ludwig Lehmann umgewandelt wurde, ferner die A.-G. Anton u. Alfred Lehmann, sodann die Berlin-Lützenwalder Wollwarenfabrik vorm. Wilhelm Müller, sich mit der Herstellung von Presidenten zu befassen, eine Art Doubleware, welche für die Konfektion billiger Damenmäntel früher aus England bezogen wurde, herzustellen. Diesen drei genannten Fabriken folgte später die Firma Mahlor in Wittenberge, welche außerdem auch die Herstellung von Thobdis (Kunstwolle) in den Bereich ihrer Fabrikation gezogen hat. Die ersten genannten Firmen haben im Beginn der Fabrikation englischer Stoffe ihre Rohstoffe, insbesondere Kunstwolle, meist aus England bezogen, sind jedoch später selbst dazu übergegangen, die für die Gewebe notwendige Kunstwolle selbst zu fabricieren. Im Gegensatz zu ihren bisherigen speziell Berliner Wollwaren wurden diese englischen Stoffe zumeist in halbwollener Qualität auf mechanischen Stühlen und wohl im Anfang auch auf englischen Stühlen gearbeitet. Auch die ersten Leiter, Meister und auch viele Arbeiter hat man aus England bezogen. Später aber sind die Direktoren und auch die Arbeiterchaft in der Hauptsache aus deutschen Technikern und Webern gewählt worden. Ebenso wurden die für die sogenannten englischen Stoffe nötigen Maschinen und Webstühle später von deutschen Maschinenfabriken in derselben Vollendung, ja vielleicht noch vorzüglicher, geliefert. Deshalb ist es gewissermaßen nur noch eine Pietät, wenn auch heute davon gesprochen wird, daß die Märkischen Vereinigten Tuchfabriken, welche den viel erörterten Truf gebildet haben, englische Waren herstellen.

Ueber die Neumusterung im Gera-Gröizer Industriebezirk

wird u. a. berichtet: Die Druckereien sind augenblicklich nicht gut beschäftigt, doch hofft man, da für die neue Saison sehr aparte neue Druckartikel in Arbeit sind, daß die Branche recht gute Beschäftigung erhalten wird. Die Fabrikanten haben diesmal in Druckartikeln eine größere Anzahl Genres in Vorbereitung und ist bemerkenswert, daß für Druckartikel nicht nur billige Sachen gemustert werden, sondern auch bessere Qualitäten in größeren Sortimenten vertreten sein werden.

Die verschiedenen großen Färbereien und Appreturanstalten sind teilweise noch leidlich flott beschäftigt.

Die Neumusterung für Frühjahr und Sommer 1912 gestaltet sich bereits recht lebhaft und hat in der letzten Zeit größere Fortschritte gemacht. Die Mustermacher in den Musterabteilungen der Fabrikation sind flott an der Arbeit, um die neuen Frühjahrskollektionen so schnell als möglich fertigzustellen, unter Berücksichtigung der jetzt täglich eingehenden Anregungen der maßgebenden Grossisten. Speziell seitens der Fabrikanten wird mit allem Nachdruck darauf hingearbeitet, die gegebenen Anregungen und Ideen auszuarbeiten. Interesse für neue Ausmusterungen ist bei sämtlichen Grossisten vorhanden, aber es wird diesmal viel vorsichtiger dis-

poniert, als in vorausgegangenen Saisons. Die Ursache hierfür dürfte in erster Linie darin zu suchen sein, daß nicht allein die hohen Preise hemmend auf das Geschäft wirkten, sondern auch die Unbestimmtheit der Mode-richtung sich stark geltend macht. Vor allen Dingen sind bei den bisherigen Ausmusterungen Stapelartikel stark forciert und bei den weiteren Neumusterungen Genres und Dessins bevorzugt worden, die sich im Geschmack und Bindungseffekten an vorjährig gut verkaufte Dessins anlehnen. Die bis jetzt erteilten Aufträge beweisen ferner zur Genüge, daß die Mode diesmal Kammgarngewebe weit günstiger ist, als Cheviotgewebe. Es soll keinesfalls gesagt werden, daß Cheviots keine Bedeutung mehr besitzen, diese Stoffe werden jahraus, jahrein gekauft, aber die Nouveautés werden diesmal in den Kammgarnstoffen zu suchen sein. Bei der neuen Sommermusterung sind Batiste und Popelines stark bevorzugt worden, nicht nur in glatter, stückgefärbter Ware, sondern auch mit Streifen- und färbigen Effekten bis zu 1 1/2 Zentimetern Breite mit Schnureffekten. Diese Qualitäten werden wegen ihrer Eleganz und außerordentlichen Schmiegsamkeit sehr gern gekauft. Elegante, bezent gemusterte Zwirntailormodes werden in Stoffstoffen eine größere Bedeutung erlangen.

Die Baumwollindustrie der Vereinigten Staaten von Amerika.

Die Fortschritte der Textilindustrie der Vereinigten Staaten in der Herstellung von Baumwollwaren sind aus nachstehender Zusammenstellung deutlich zu ersehen, die das Ergebnis der Zensusaufnahmen enthält:

| | Jahr | Baumwollen-zeuge Doll. | Baumwollene Doll. | Woll- und Seidenwaren Doll. |
|---|------|---------------------------|----------------------|-----------------------------------|
| Angelegtes Kapital . . . | 1909 | 808 287 988 | 12 820 772 | 162 854 787 |
| | 1904 | 605 100 164 | 8 010 491 | 106 663 531 |
| | 1899 | 460 842 772 | 6 397 355 | 81 860 604 |
| Kosten des verbrauchten Materials . . . | 1909 | 361 330 246 | 6 942 774 | 109 223 860 |
| | 1904 | 232 047 648 | 4 207 655 | 76 593 782 |
| | 1899 | 178 441 390 | 3 110 187 | 51 071 859 |
| Gezahlteöhne | 1909 | 129 768 088 | 3 069 422 | 38 271 743 |
| | 1904 | 94 377 636 | 1 828 100 | 31 536 024 |
| | 1899 | 85 126 310 | 1 563 442 | 24 358 627 |
| Wert der Erzeugnisse . . . | 1909 | 616 524 665 | 13 174 111 | 198 571 588 |
| | 1904 | 442 451 218 | 8 016 486 | 136 558 139 |
| | 1899 | 332 806 156 | 6 394 164 | 95 482 566 |
| Anzahl | | | | |
| Durchschnittszahl d. Lohnarbeiter | 1909 | 371 120 | 7 698 | 128 720 |
| | 1904 | 310 458 | 5 416 | 103 715 |
| | 1899 | 297 929 | 4 932 | 83 387 |
| darunter: | | | | |
| männliche von 16 u. mehr Jahren | 1909 | 190 531 | 2 553 | 84 597 |
| | 1904 | 145 718 | 1 665 | 25 167 |
| | 1899 | 134 354 | 1 367 | 21 154 |
| weibliche von 16 u. mehr Jahren | 1909 | 141 728 | 4 663 | 88 564 |
| | 1904 | 124 711 | 3 452 | 68 867 |
| | 1899 | 123 709 | 3 173 | 53 565 |
| Kinder unter 16 Jahren . . . | 1909 | 38 861 | 482 | 10 559 |
| | 1904 | 40 029 | 399 | 9 631 |
| | 1899 | 39 856 | 392 | 8 663 |

Die Ausfuhr von Baumwollwaren bewertete sich im Jahre 1909 auf 23 050 260 Doll. für Zeug, 5 040 542 Doll. für Kleidungsstücke, 451 244 Doll. für Garne und 3 655 555 Doll. für andere Waren. Es ergab sich also eine Gesamtausfuhr der Baumwollindustrie im Werte von 32,2 Mill. Doll. gegenüber einer Erzeugung im Werte von 82,3 Mill. Doll., so daß der Ausfuhrwert noch nicht 4 v. H. des Erzeugungswertes gleichkam.

Aus dem Verbandsgebiete.

An die Ortsgruppenvorstände zur gefl. Beachtung.

In der nächsten Zeit wird die Zeitungs-Verbandsliste einer Revision unterzogen, um festzustellen, ob die Zahl der bezogenen Exemplare mit der vorhandenen Mitgliederzahl übereinstimmt.

Die Revision wird sich auch auf die von uns gelieferten Arbeiterinnen- und die ausländischen Organe erstrecken.

Etwa zu viel bezogene Organe werden aus der Verbandsliste gestrichen.

Wir richten deshalb an die Ortsgruppenvorstände die freundliche Bitte, auch ihrerseits unverzüglich nachzugehen, ob nicht mehr Zeitungen bezogen werden, als den Mitglieder-Verhältnissen entsprechend notwendig sind. Die zuviel bezogenen Exemplare sind gleich bei der Zentralstelle abzugeben.

Mit kollegialem Gruß!

Die Geschäftsstelle:
Düsseldorf, Kavaleriesstr. 22.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreigleiten.

Vorgesch.

Nach dem Kampfe. In der Notiz unter dieser Überschrift erhalten wir wieder folgende Beschrift der angegriffenen Firma:

In Ihrer Nr. 38 knüpfen Sie an meine Mitteilung wieder Bemerkungen, welche den Tatsachen nicht entsprechen, und bitte ich Sie deshalb um Berücksichtigung folgender Berichtigung:

In der Bleicherei und Färberei gehörten seit langen Jahren mehrere Leute zum Verbandsgebiet und es sind ihnen deshalb nie Schwierigkeiten gemacht worden. Als aus die Auslieferung notwendig wurde, wollte der Unterzeichnete versuchen, im Interesse des Betriebes sowohl als im Interesse der Leute, diese Auslieferung zu vermeiden und bei infolge dessen den Leuten den Austritt aus dem Verbandsgebiet nahe gelegt. Dabei ist keinerlei Druck ausgeübt worden und die

Leute waren auch bereit den Vorschlag anzunehmen. Da aber auch dadurch, nach Beschluß des Arbeitgeberverbandes, die Auslieferung nicht verhindert werden konnte, so wurden die Verhandlungen aufgehoben und als nicht geschehen betrachtet.

Bei der Schlussverhandlung wurde den Mitgliedern des Textilarbeiterverbandes bereitwillig zugesichert, daß sie ihre Plätze wiederbekommen könnten, wenn die inzwischen angenommenen Leute freiwillig davon zurücktreten wollten. Die Mehrzahl der inzwischen angenommenen Arbeiter traten infolgedessen freiwillig zurück, wo das aber nicht geschah, sind die Mitglieder des Verbandes mit anderen Arbeiten beschäftigt worden. Als diese Arbeiten zu Ende gingen, war die Firma gezwungen zwei Leute zu entlassen. Das hätte auch geschehen müssen, wenn die Leute dem Verbandsgebiet angehört hätten.

Der Unterzeichnete steht jedem Verbandsgebiet ganz neutral gegenüber, solange dem Werk und den darin Beschäftigten kein Schaden geschieht. Das Wohlgehen der Arbeiter liegt dem Unterzeichneten jedenfalls ebenso sehr am Herzen wie das Wohl des Betriebes, was jeder einsichtige Kenner der hiesigen Verhältnisse bestätigen wird.

Ein verständnisvolles Hand-in-Hand-arbeiten von Fabrikant und Arbeiter ist jedenfalls eine Vorbedingung für das Wohlgehen beider, und beide Teile schädigen sich selbst, wenn sie das vergessen. Besonders in den schweren Zeiten die unsere Textilindustrie jetzt durchzumachen hat, wäre ein solches Hand-in-Hand-gehen dringend zu wünschen, und Nachrichten, welche Streitigkeiten im inneren Betriebe eines Betriebes einseitig darstellen, dazu noch verlebende Meinungen enthalten, sollten lieber unterbleiben.

Ich lade Ihnen ungenannten Gewährsmann ein, sich von dem Unterzeichneten die Angelegenheit erklären zu lassen, wodurch die Sache jedenfalls viel besser und leichter zu gegenseitiger Ueberzeugung aufgeklärt wird.

Wir können der Firma versichern, daß wir sowohl als unser Gewährsmann und auch unsere münsterländischen Mitglieder stets volles Verständnis für die Lage des Textilgewerbes gehabt haben und auch von der Notwendigkeit eines Hand-in-Hand-arbeitens mit den Arbeitgebern in Fragen, die unsere Industrie angehen, überzeugt sind. Aber die münsterländischen Arbeitgeber hätten doch u. E. alle Veranlassung, sich mal zu fragen, ob nicht sie bzw. die leitenden Personen in ihrem Verbandsgebiet an einem guten Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern viel verdorben haben.

Im übrigen haben wir unserem Gewährsmann Mitteilung davon gemacht, daß Herr Doepfen bereit wäre, mit ihm persönlich über die Angelegenheit zu sprechen. Wir dürfen wohl versichert sein, daß unser Gewährsmann von dieser Zusicherung Gebrauch machen wird.

M. Gladbach.

Zum Streik kam es bei der Firma Görz u. Kirch. Die Firma machte ihrer Arbeiterschaft am 23. August bekannt, daß ab 24. Aug. acht Tage je eine Stunde übergearbeitet werden müsse. Die Weber erklärten sich hierzu unter der Bedingung bereit, wenn ihnen pro Ueberstunde ein Lohnzuschlag von 20 Pfennig gezahlt würde. Da dies von der Firma abgelehnt wurde, verweigerten die Weber die Ueberarbeit, und wurde am 25. Aug. zehn Webern gekündigt. Die gekündigten Verhandlungen des Arbeiterausschusses mit der Firma zwecks Zurücknahme der Kündigungen hatten keinen Erfolg. Den Verbandsvertretern gegenüber, welche am 26. August ebenfalls mit der Firma eine Aussprache hatten, erklärte sie sich zur Zurücknahme sämtlicher Kündigungen bereit, wenn andererseits die Arbeiter sich zur Leistung der Ueberarbeit und zwar ohne Lohnzuschlag verpflichteten. Selbst ein Lohnzuschlag von 10 Pfennig pro Stunde, welcher von den Vertretern gewünscht wurde, wurde von der Firma als unmöglich zu zahlen hingestellt, weil es sich um schleunige Herstellung von Coupons handele, woran sie so wie so nichts verdienen. Sollten die Arbeiter jedoch die Ueberarbeit dennoch verweigern, würde die Firma, weil sie ihre Auftraggeber nicht bedienen könne, somit auch keine Aufträge erhalten, nicht nur die zehn in Kündigung stehenden Weber entlassen, sondern noch zu weiteren Kündigungen schreiten müssen.

Die Belegschaft lehnte auch unter diesen Umständen das Verrichten der Ueberarbeit ohne entsprechenden Lohnzuschlag ab, die Weber erklärten sich mit den zehn gekündigten solidarisch und reichten am 26. August die Kündigung ein.

Hierauf nahm eine Kommission des Arbeitgeberverbandes die Sache in die Hand und verhandelte mit dem Arbeiterausschuß zwecks Beilegung der Differenzen. Eine weitere Verhandlung mit dieser Kommission, an welcher auch die Verbandsvertreter teilnahmen, zeitigte nach längerem Hin und Her folgendes Resultat.

Für drei der gekündigten wird die ausgesprochene Kündigung zurückgezogen. Für fünf wird die Kündigung um 14 Tage verlängert. Sollten dann wider Erwarten bei der Firma Aufträge einlaufen, würden diese fünf auch weiter beschäftigt werden. Während ein gekündigter Arbeiter schon angehört hat, wird der letzte mit Ablauf der Kündigung, am 8. September, entlassen.

Dies Resultat befriedigte jedoch die Arbeiterschaft keineswegs und kam es am 9. September, mit Ablauf der Kündigung, zum Streik. Nach achtstägiger Dauer kam es am 16. September zu Verhandlungen zwischen der Firma und dem Arbeiterausschuß, welche zur Beilegung der Differenzen führte. Man einigte sich auf folgender Grundlage.

Sämtliche Arbeiter werden wieder eingestellt. Die von der Firma verlangte Ueberarbeit ist hinfällig. Ueber den Lohnsatz, welcher seitens der Firma den Arbeitern gekündigt wurde, wird in Verhandlungen eingetreten.

Dieses Resultat, welches den Verhandlungen der einzelnen Verbände vorgebracht wurde, wurde gutgeheißen. Es wurde Montag, den 18. September, der Streik für beendet erklärt.

Aus diesem Vorkommnis dürften die noch abseits stehenden Arbeiterinnen und Arbeiter Gladbachs deutlich genug ersehen, daß es auch für sie die höchste Zeit ist, sich dem Zentralverbande christlicher Textilarbeiter Deutschlands anzuschließen.

Lampertsmühle.

Der Streik auf der Lampertsmühle ist beendet.

Am Dienstag, den 19. Sept., tagte in Erdenbach unter Vorsitz des Kollegen Köhling eine Versammlung der Streikenden, in welcher Herr Gewerbeamt König von der Königl. Gewerbeinspektion in Speyer über das Resultat seiner mit der Direktion der Firma gepflogenen Verhandlungen Bericht erstattete. Leider war die sofortige Abhiebung der bereits hier ansässigen Italiener nicht zu erreichen, doch haben Aufsichtsrat und Direktion die schriftliche Garantie gegeben, daß bei Einstellung weiterer Arbeitskräfte in erster Linie die hiesigen Gemeinden berücksichtigt werden und wird am Fabrikator angeschlagen, wann und für welche Abteilung Arbeitskräfte gesucht werden. Dies gilt sowohl für die Einstellung geübter Arbeiter als für das Anlernen von ungebildeten.

Wegen der Einstellung der jetzt vorhandenen Italiener sollen keine einheimischen Arbeiter entlassen werden, wie auch keine Maßregelungen wegen des Streikes stattfinden. Die vorhandenen Italiener sollen möglichst separiert von den einheimischen beschäftigt werden und gesonderte Ankleideräume und Aborte erhalten.

Unter diesen Bedingungen haben die Arbeiter die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen, nachdem sie fast vier Wochen einmütig und geschloffen im Ausstande verharren. Diese Leistung ist gewiß nicht gering zu achten, wenn man bedenkt, daß nur etwa ein Sechstel der Arbeiter unterstützungsberechtigte Mitglieder des Verbandes waren. Jetzt hat sich die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Organisation allgemein durchgezogen, die Arbeiterinnen und Arbeiter strömen massenhaft unserem Verbandsgebiet zu. Auch bei der Bürgererschaft ist ein völliger Umschwung der Stimmung eingetreten. Die Arbeiter müssen in den Verband gehen, so sagt jetzt der Krämer und der Handwerker, der Bauer und der Bürgermeister, der Pfarrer und der Apotheker.

Mögen die Arbeiterinnen und Arbeiter treu zur Organisation halten, dann können sie kommenden Stürmen gefaßt und ruhig entgegensehen.

Oblig.

In der Leinen- und Baumwollweberei von Paul de Weerth bestanden schon längere Zeit Differenzen, die sich immer mehr zuspitzten und am 16. September zu einer Arbeitsniederlegung führten. Durch die fortgesetzten Lohnkürzungen, welche der Direktor bald für diese, bald für jene Arbeiten vornahm, mußten die Arbeiter immer angestrengter tätig sein, wenn sie einen halbwegs auskömmlichen Verdienst erzielen wollten. Dazu hatten die Arbeiter auch noch über eine Anzahl von Mißständen zu klagen, die trotz öfterer Beschwerden nicht abgestellt wurden.

Vor einigen Wochen war nun in der Spulerei eine technische Neuerung eingeführt worden, die von den Spulerrinnen mehr Arbeit erforderte und auch noch dazu beitrug, daß nicht mehr das erforderliche Quantum Garn gespult werden konnte. Das war für die Arbeiterinnen, die in Accord gelöhnt werden, ein Verdienstausschlag, den sie nicht ruhig hinnehmen wollten. Die Weber wurden ebenfalls in Mitleidenchaft gezogen, weil sie des öfteren auf Spulen warten mußten. Als die Beschwerden der Spulerrinnen und Weber fruchtlos blieben und die Firma sich weigerte, den Spulerrinnen einen höheren Accordatz zu zahlen, stellten diese ihre Maschinen am 16. September ab und verließen den Betrieb. Eine Anzahl Weber schloß sich diesem Vorgehen an. Nach mehrmaligen Verhandlungen erklärte sich die Firma bereit, den Spulerrinnen sowie den Webwebern einen Lohnzuschlag zu bewilligen. Die Einrichtung einer Spulenausgabe sowie die Abstellung einiger Mißstände wurde in Aussicht gestellt.

Wenn diese Zugeständnisse auch nicht alle Wünsche befriedigten, so wurden dieselben jedoch auf ernstliches Anraten der Verbandsvertreter einstimmig angenommen und die Arbeit am 18. September wieder aufgenommen. Bei den mangelhaften Organisationsverhältnissen war eben nicht mehr zu erreichen. Das haben auch die Arbeiter eingesehen und sich zum Teil mit ihren Arbeitskollegen in der Organisation zusammengefunden. Hoffentlich werden bald alle Arbeiterinnen und Arbeiter des Betriebes den Weg zum Verbandsgebiet finden, damit in Zukunft nicht nur jede Lohnkürzung abgewehrt, sondern eine den teuren Zeitverhältnissen angepaßte Lohnaufbesserung errungen werden kann.

Aus unseren Bezirken.

Bezirk Brandenburg-Sachsen-Thüringen.

Wegen der großen geographischen Ausdehnung des IX. Verbandsbezirktes war es notwendig, drei Konferenzen abzuhalten. Die Tagesordnung für alle Konferenzen lautete:

1. Geschäftsbericht des Bezirksleiters.
2. Bericht der Delegierten.
3. Vortrag eines Zentralvorstandsmitgliedes über die Lage des Verbandes und unsere nächsten Aufgaben.
4. Vortrag über unsere Herbst- und Winterarbeit.
5. Diskussion und Anträge.

Am 20. August fand für den Gau „Vogtland“ die Konferenz in Glauchau statt. Aus dem Bericht des Bezirksleiters war zu entnehmen, daß der Bezirk imbezug auf Mitgliederzahlen und Kassenverhältnisse im Berichtsjahre bedeutend gestiegen ist.

Am 1. Juli 1910 waren vorhanden 680 männliche, 620 weibliche, zusammen 1300 Mitglieder. Am 1. Juli 1911 1018 männliche, 1080 weibliche, zusammen 2098 Mitglieder; also mehr 798 Mitglieder. Am 1. Juli 1910 bestanden 19 Ortsgruppen, am 1. Juli 1911 23 Ortsgruppen. In einer Reihe von Orten sind Verbindungen angeknüpft und es besteht Aussicht auf Gründung neuer Ortsgruppen.

Die Massenverhältnisse wiesen folgende Zahlen auf:

| | |
|--------------------------------------|------------|
| Einnahme im III. Quartal 1910 | 555,70 M. |
| " " IV. " 1910 | 698,81 " |
| " " I. " 1911 | 777,73 " |
| " " II. " 1911 | 804,70 " |
| Gesamteinnahme | 2864,14 M. |
| An Unterstützungen wurden gezahlt | 6879,36 M. |
| Prozente der Ortsgruppen | 4052,08 " |
| An die Zentralkasse wurden geschickt | 15714,70 " |
| Zusammen | 2864,14 M. |

In einer ganzen Reihe von Orten wurden Lohnbewegungen geführt. In Forst die verunglückte, aber richtiger gesagt von den Genossen mit großem Tamtam ins Werk gesetzte Spinnerarbeitersbewegung, welche jämmerlich verbrachte und dem „deutschen“ Verband einen Mitgliederchwund brachte. Der christliche Textilarbeiterverband ist dadurch um 350—380 Mitglieder in Forst gemindert.

In Eilenburg wurde von dem sozialdemokratischen Fabrikarbeiterverband ein Streik inangeleitet, welcher eine Aussperrung zur Folge hatte. Hunderte von „roten“ Mitgliedern blieben auf der Strecke. Die gelbe Sumpfpflanze konnte dabei üppig gedeihen und der einseitige Arbeitgeber-Zwangsarbeitsnachweis eingeführt werden.

In Sommerfeld konnte eine Lohnreduzierung durch einen dreiwöchentlichen Streik abgewehrt werden. In Ostroß kam es ebenfalls zum Streik und es wurden annehmbare Erfolge erzielt. In Greiz wurde ebenfalls fünf Tage lang gestreikt. Der Erfolg war, daß 300 von 800 Arbeitern, welche Forderungen eingereicht hatten, der Tagelohn von 2,40 auf 2,55 M. erhöht wurde, d. h. nur für solche, welche ein halbes Jahr in der Branche beschäftigt sind. In Großschönau wurde auf friedlichem Wege eine Lohnreduzierung abgewehrt.

An vielen Orten steht die Arbeiterschaft noch in Lohnbewegungen. Bei allen kann man aber die Beobachtung machen, daß der „mächtige deutsche Verband“ zurückhüpft, wenn die Arbeitgeber eine Aussperrung androhen. In dem Auftreten der „Deutschen“ besteht ein gewaltiger Unterschied zwischen dem Westen und den „roten Domänen“.

Bezüglich der Geschäftsführung der Ortsgruppen wurde zur Pünktlichkeit ermahnt. Besonders wurde auf rechtzeitige Ausfüllung und Abscheidung der Arbeitslosenarten hingewiesen.

Die Delegierten berichten nunmehr über die Organisationsarbeit in den Ortsgruppen.

Diese ist äußerst schwierig. Besonders wurde über den Druck geklagt, welchen die „Notorganisierten“ auf die Andersdenkenden ausüben. Trotzdem klang der Ton des Mutes und der Hoffnungsfreudigkeit durch die Berichterstattung.

Kollege Blanke nagel-Barzen hielt nunmehr sein Referat über „die Lage des Verbandes und unsere nächsten Aufgaben“. Der Grundton des Vortrages war:

Die Textilarbeiterschaft muß materiell und geistig auf ein höheres Niveau gebracht werden. Vorbedingung ist: Massen sammeln im christlichen Textilarbeiterverband. Den Verband finanziell auf die Höhe zu halten, um allen Kämpfen gegenüber gewappnet dazustehen, für die Einführung von Lokalbeiträgen eifrig tätig zu sein und endlich die Massen im richtigen christlichen Gewerkschaftsgeiste zu erziehen.

Kollege Melcher-Greiz hielt darauf einen Vortrag über „unsere Herbst- und Winteragitation“. In dem Vortrage wurden Mittel und Wege gezeigt, um die Agitation erfolgreich betreiben zu können.

Ueber beide Vorträge wurde lebhaft diskutiert, und wenn auch einige Bedenken geäußert wurden betreffs der Einführung von Lokalbeiträgen, so waren doch alle Delegierten mit den Referenten über die Vorschläge einig. Alle versprachen ihr Bestes zu tun. Gegen 1/2 Uhr wurde die Konferenz mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Am 27. August fand die Konferenz für den Gau Niederlausitz in Forst statt. Vom Zentralvorstand war Kollege Adolf Vensing aus Hannover erschienen, welcher über das obengenannte Thema referierte.

Kollege Fassbender sprach über die Herbst- und Winteragitation. Auch hier wurde lebhaft und eingehend diskutiert. Als Gradmesser für die Stimmung möge folgende Resolution dienen, welche einstimmig angenommen wurde:

„Die heutige Konferenz ist voll und ganz davon überzeugt, daß die Stärkung der Zentralkasse unbedingt notwendig ist. Bestes Mittel hierzu sind die Lokalbeiträge für örtliche Ausgaben. Die Konferenz will der nächsten Verbandsgeneralversammlung den Antrag unterbreiten, daß Arbeitslosenunterstützung nur an wirklich Arbeitslose (Stellenlose) gezahlt werden soll.“

Gegen 6 Uhr wurde die anregende Konferenz mit einem begeistert aufgenommenen Hoch geschlossen.

Am 10. September fand die Konferenz für den Gau Oberlausitz statt. Kollege Heutmann aus Düsseldorf war als Vertreter des Zentralvorstandes erschienen und referierte über obiges Thema. Kollege Pöcker sprach über die Agitation. Die Diskussion war auch hier sehr reger und es herrschte eine arbeitsfreundliche Stimmung für unsern Verband.

Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heutige Konferenz ist von der Notwendigkeit der Stärkung unserer Zentralkasse überzeugt. Als bestes Mittel kommen die Lokalbeiträge in Betracht zur Deckung der örtlichen Ausgaben. Die Konferenz verpflichtet, mit ganzer Kraft für die Einführung von Lokalbeiträgen tätig zu sein.“

Nach einem begeistert aufgenommenen Schlußwort des Kollegen Heutmann wurde die Konferenz mit einem Hoch auf unsern Verband geschlossen.

Referieren wir zum Schluß noch kurz den Verlauf der drei Konferenzen, so kommen wir zu folgendem Resultat: Referenten und Delegierten sowie die anwesenden Verbandsbeamten waren einmütig von dem Gedanken befeelt, unsere Sache voranzubringen und für dieselbe Opfer zu bringen. Alle ohne Ausnahmen wollen ihr Bestes tun, in diesem Sinne zu arbeiten.

Beachten wir aber auch das Goethewort: „Man muß nicht allein wollen, sondern auch tun“. Zum guten Willen die Tat und wir kommen voran, voran auch in den „roten Domänen“.

NB. Als praktisches Resultat der Konferenzen können wir schon mitteilen, daß die Ortsgruppen Hof, Cottbus und Spremberg die Einführung eines Lokalbeitrages von 5 Pfg. ab 1. Oktober beschlossen haben.

In der württembergischen Textilindustrie

Sind sehr viele Arbeiterinnen beschäftigt, die von der christlichen Organisation noch keinen klaren Begriff haben; ja, es sind sogar noch viele, die von den Vorgängen im wirtschaftlichen Leben fast keine Ahnung haben. Um nun in gewissen Kreisen mal etwas Verständnis zu wecken, um auch andererseits das Interesse der Arbeiterschaft immer mehr zu erhöhen, wurden vom 2. September ab in den Orten Stuttgart, Reutlingen, Heidenheim, Hechingen, Sonthheim, Göppingen und Unterboihingen Versammlungen abgehalten, die durchschnittlich guten Besuch aufzuweisen hatten. Das Thema: „Wohin mit der Arbeiterin in der Zukunft?“ wurde stets mit großer Aufmerksamkeit gehört, so daß es seine Wirkung nicht verfehlte und verschiedentlich Neuaufnahmen erfolgen konnten. Neben diesen Veranstaltungen, von denen übrigens zwei auf Kongregationen und eine auf einen Arbeiterinnenverein entfiel, war es auch geboten, die Arbeiterinnen in ihrer Wohnung aufzusuchen; dabei konnten interessante Wahrnehmungen gemacht werden, weil dann ja die einzelnen Mädchen viel eher geneigt sind, aus sich herauszugehen und vom Arbeitsverhältnis zu sprechen. Obwohl hier zumeist kleinere Fabriken in Frage kommen, so ist es doch bezeichnend, daß auch gerade in diesen Verhältnissen zu treffen sind, die den Arbeiterinnen, wenn sie mehr denken wollten, von selbst die Ueberzeugung aufdrängen müßten, daß hier einzig durch Selbsthilfe ein wirksames Abwehrmittel zu finden ist. Statt dessen aber ist es heute manch einer Arbeiterin lieber, sich bei Reisern und angestellten Personen lieb Kind zu machen. Diese äußerst verwerfliche und einer deutschen Arbeiterin unwürdige Art des Verhaltens deckt sich zumeist dann mit den Worten: „Für mich hat der Verband keinen Wert!“ Ob es aber die bezeichneten „Döner“ mit der Arbeiterin ehrlicher meinen als der Verband, das ist eine andere Frage; jedenfalls ist es eine Tatsache, daß einzelne Arbeiterinnen durch besonderes Wohlwollen nur gefügig gehalten werden. — — — Es wäre deshalb sehr angebracht, in unseren konfessionellen Standesvereinen das echte, rechte Standesbewußtsein noch mehr als bisher zu pflegen. Auch in den Arbeiterinnenheimen, deren die Großstadt Stuttgart drei musterghiltige aufweisen kann, dürfte diesem Kapitel in Zukunft mehr Bedeutung beigelegt werden. Dann wird es möglich, daß die Agitation unter den christlich gesinnten Arbeiterinnen immer weitere Kreise zieht und noch mehr erfolgreich wird. F. S.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Fulda. Ein kleiner Genegroß im sozialdemokratischen Textilarbeiterverbande in Fulda versucht von Zeit zu Zeit in seiner stadtbekannteren Verkleinerungssucht alle vom christlichen Textilarbeiterverbande errungenen Erfolge einfach hinwegzuschreiben oder dieselben ganz läßt auf das Konto der Wirksamkeit der Sozialdemokratie und des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes zu setzen.

Als Ende des vorigen Jahres in einem Fuldaer Textilbetriebe, wo der Einfluß des christlichen Verbandes deswegen nicht groß sein konnte, weil in diesem Betriebe nur einige Arbeiter christlich organisiert waren, einem christlichen Gewerkschaftler ohne Angabe eines Grundes gekündigt wurde, konnte man in der Sozipresse eine sich auf diesen Vorgang beziehende Notiz lesen mit der Ueberschrift: „Christgewerkschaftliche Ohnmacht“. Auf Betreiben des christlichen Verbandes wurde besonders durch Vermittlung des Herrn Reichstagsabgeordneten Müller die Kündigung des Arbeiters wieder rückgängig gemacht und noch heute ist der christlich organisierte Arbeiter, dem gekündigt worden war, in demselben Betriebe beschäftigt. Obwohl nun seit der Zeit, wo sich dieser Vorgang abspielte, bald wieder ein Jahr verstrichen ist, hat bis auf den heutigen Tag kein einziges Sozilblatt den Mut gefunden, seinen Lesern die volle Wahrheit zu berichten und ihnen auch mitzuteilen, daß die Zurücknahme der Kündigung dem Einflusse des christlichen Verbandes zu verdanken gewesen und daß man demzufolge kein Recht gehabt, von einer „Christgewerkschaftlichen Ohnmacht“ zu schreiben. Aber wer von der Sozipresse soviel Ehrlichkeit und journalistischen Anstand erwartet, der täuscht sich halt recht gründlich.

Kürzlich veröffentlichte auch die sozialdemokratische „Frankfurter Volksstimme“ einen „Bericht“ über eine vom christlichen Textilarbeiterverbande in Fulda abgehaltene Fabrikversammlung. In der fraglichen Versammlung war von dem Bezirksleiter des christlichen Verbandes, Kollege Müller aus Bamberg, über den für die Arbeiter recht günstigen Ausgang einer Lohnbewegung, die vom christlichen Verbande in den Vereinigten Schuhstofffabriken Fuldas geführt wurde, berichtet worden. In der aus Fulda stammenden Notiz der „Frankfurter Volksstimme“ vom 5. Sept. wird der für die Arbeiterschaft errungene und immerhin recht bemerkenswerte Erfolg (alljährlich rund 8000 M. Mehrverdienst) auch mit keiner Silbe gewürdigt. Aber das nicht allein. Es wird auch mit einer Urologanz und mit einer Schnoddrigkeit über den Verlauf der Versammlung berichtet, die in dem Schreiber ein halbwichsiges hinter den Ohren noch nicht ganz trockenes Büßchen vermuten läßt. Auch ein Denunziationsstück niedrigster Sorte leistet sich in der fraglichen Notiz der Artikelschreiber dadurch, daß er den Namen eines Vertrauensmannes des christlichen Verbandes

öffentlich nennt und, was besonders niedriger gehängt zu werden verdient, von diesem Arbeiter behauptet, in der Versammlung eine Aussage gemacht zu haben, die sich der Artikelschreiber vollständig aus der Luft gegriffen hat. Das unser Büßchen auch noch die Dreifaltigkeit besitzt, den Erfolg bei der Bewegung für die Sozialdemokratie und seinen sozialdemokratischen Textilarbeiterverband zu reklamieren, nimmt wohl nach den bis jetzt schon bekannt gewordenen „Leistungen“ dieses Männchens nicht weiter mehr wunder. Was von der letzten in dem roten Berichte angeführten und auch wieder vollständig unwahren Bemerkung, daß trotz der Lohnerhöhung die Weber in den Vereinigten Schuhstoffbetrieben in Fulda noch darben müßten, zu halten ist, geht wohl am besten aus der Tatsache hervor, daß unser „Wahrheitsfreundchen“ schon seit Jahren bei dem „Rechenkünstler der Zentrumsfraktion“ (gemeint ist damit Herr Abg. Müller, D. V.) als Weber beschäftigt ist.

Das Organ des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, „Der Textilarbeiter“, versucht in den allermeisten Fällen die rote Parteipresse noch zu übertrumpfen, wenn es gegen die Christlichen geht. Das aber, was sich aus Anlaß der letzten Bewegung in der Fuldaer Schuhstofffabrik im roten Lager zusammengeschriftellert wurde, scheint selbst dem roten „Textilarbeiter“ zu starker Labak zu sein, denn bis jetzt ist noch kein Bericht über die Bewegung und noch kein Bericht über den Verlauf der Fabrikversammlung im „Textilarbeiter“ erschienen. Nur in seiner letzten Nummer war etwas unter „Fulda“ zu lesen, nämlich folgende Briefkastennotiz:

„Nach Fulda. Ihr Bericht liest sich recht gut, schieft aber in der Form oft über das zulässige Maß hinaus, wenn man erwägt, daß wir doch auch taktische Rücksichten zu nehmen haben. Solche gebieten uns, von dem Abdruck abzusehen. Sonst besten Dank für Ihre Mühe und Ihren guten Willen, unserer Sache zu dienen. Gruß!“

Drum, August, laß los, denn du verdirbst ja man sonst bloß dem „Textilarbeiter“ sein gutes Renommee.

Hannover. Arbeiter-Ausschuß-Wahl. Seit dem von den Genossen verlangten und verlorenen Streik bei der Firma Neudorf, meckan. Weberei hier selbst, halten die christlichen Arbeiter mit vier gegen drei die Mehrheit im Arbeiterausschuß. Ihre Position war keine besonders leichte. Zunächst war die Konjunktur im Betriebe recht schlecht. Es wurde sogar mit wesenlich verlängerter Arbeitszeit gearbeitet. Sodann war ein größerer Teil der Arbeiter durch den Mißerfolg des Streiks eingeschüchtert und zu einem energischen Vorgehen nicht zu bewegen. Außerdem versagten schließlich die sozialdemokratisch-organisierten Ausschussmitglieder ihre praktische Mitarbeit. Aus all diesen Gründen konnte der Erfolg des Ausschusses kein sehr großer sein. Nur war am 27. Sept. Neuwahl des Arbeiterausschusses. Von unserer Seite war den Genossen angeboten worden, den Ausschuß wieder in der bisherigen Weise zusammen zu stellen (3 rot 4 christlich organisierte). Dieses Angebot wurde jedoch von roter Seite abgelehnt. Es wurde einfache Majoritätswahl verlangt. Man kalkuliert eben so, daß, wenn die Tätigkeit der christlichen Ausschussmitglieder gehörig herunter gezogen würde, die Arbeiterschaft dann den von roter Seite aufgestellten Kandidaten ihre Stimme geben würden. Doch sollte es anders kommen. Die Arbeiterschaft stand zum großen Teil auf der Seite der christlichen Arbeiter. Als die Genossen in der Versammlung dieses merken, suchten sie durch Obstruktion die Vornahme der Wahl zu verhindern. Sie machten allerlei Einwendungen, namentlich sollten die von unserer Seite verteilten Stimmzettel keine Gültigkeit haben. Sie meinten ganz naiv, die Leute müßten sich die Stimmzettel selbst schreiben usw. Unsere Leute ließen sich jedoch durch nichts beeinflussen, sondern setzten die Wahl durch. Das Resultat der Wahl war, daß die Kandidaten der christlichen Organisation mit sehr großer Majorität gewählt wurden. Es sei jedoch hier hinzugesagt, daß ein Teil der Genossen sich der Abstimmung enthielt, weil sie einsehen, daß sie in der Minderheit bleiben würden.

So besteht denn jetzt der Ausschuß nur aus christlich organisierten. Es ist dieses für die Arbeiterschaft kein Unglück. Der neue Ausschuß wird sich bemühen, nach besten Kräften die Interessen der Bergschafft wahrzunehmen. Für die Genossen ist der Ausgang der Wahl allerdings blamabel. Es gab eine Zeit, und die liegt noch gar nicht weit zurück, da herrschten die Genossen im Betriebe unumschränkt. Und heute? Nun, die Wahl hat es ja gezeigt. Die große Mehrheit will von ihnen nichts mehr wissen. Sik transit gloria mundi!

Hild. Eine gutbesuchte Versammlung, an der auch unser Bezirksvorsitzender, Kollege Jakob Pösch, teilnahm, fand am 17. September im Lokale von Peter Angenleus statt. Die Tages-Ordnung lautete: 1. Bericht über die Bewegung der Winderinnen bei der Firma Schröder, 2. Lokalbeiträge, 3. Wahl der Bezirkskonferenzdelegierten, 4. gemeinsamer Anlauf von Kartoffeln etc. Der Vorsitzende Wilhelm Jentges berichtete zunächst über die Bewegung bei der Firma Schröder. Die Firma habe sich bereit erklärt, die vom Zentralverband christlicher Textilarbeiter eingereichte Eingabe einer Prüfung zu unterziehen, und nach Möglichkeit den Winderinnen entgegenzukommen. Auch will die Firma für einen Minimallohn von 15 M. wöchentlich garantieren. Ueber Punkt 2 referierte ebenfalls der Vorsitzende. Die Versammlung nahm teils einen ablehnenden Standpunkt ein, es wurde vielmehr für höhere Beiträge plädiert. Die Angelegenheit soll in einer späteren Versammlung nochmals gründlich diskutiert werden. Als Delegierte wurden gewählt: Wilh. Jentges und Maria Langenberg. Die Angelegenheit betreffs Anlauf von Kartoffeln wurde einer viergliedrigen Kommission überwiefen.

Schönau (Baden). Störung einer christlichen Gewerkschaftsversammlung durch einen großherzoglichen Bezirksarzt. Man schreibt uns: „In Schönau (bad. Wiesental) besteht seit einem halben Jahre ein Streit zwischen den dort vorhandenen Kassenärzten, sowie zwischen den Krankenkassenvorständen und den Kassenmitgliedern. Der dort anfangige großherzogliche Bezirksarzt Dr. Kiefer hatte den Kassen seine Praxis gekündigt, mit der Begründung, er könne mit dem zweiten selbständigen Kassenarzt, Herrn Dr. Kling, unter den obwaltenden Umständen die Kassenpraxis nicht mehr weiter führen. Hierauf kündigten die Kassen Herrn Dr. Kling den Vertrag gegen den Willen der meisten Kassenmitglieder. Die christlichen Gewerkschaften nahmen sich der Rechte der Kassenmitglieder an, es interpellierten die Kassenvorstände und das großherzogliche Bezirksamt. Diese Eingaben wurden teils übergegangen, teils als unbegründet abgelehnt.“

Nun waren die Kassenmitglieder gewillt, den äußersten Schritt zu tun und sich aus Winterquartier zu wenden. In einer am 22. September stattgefundenen Versammlung wurde eine diesbezügliche Eingabe mit über 120 Unterschriften versehen. Dieselbe enthält u. a. die Forderung, das großherzogliche Ministerium möge Herrn Bezirksarzt Dr. Kiefer ver-

anlassen, sich einen andern Wirkungskreis aufzusuchen. Der großherzogliche Bezirksarzt, Herr Dr. Kiefer, hatte wohl erfahren, daß die Kassenmitglieder gewillt seien, jetzt energisch vorzugehen. Er ließ deshalb durch den Lokalwirt anfragen, ob ihm der Zutritt zur Versammlung gestattet sei. Die Versammlungsleitung erteilte hierzu ihre Zustimmung und wies dem Herrn einen Platz am Vorstandstische an. Gewerkschaftssekretär Kiefer teilte ihm auch den auf ihn bezüglichen Passus der Eingabe mit. Statt nun der Versammlung klar und deutlich mitzuteilen, warum er den Arztstreit eingeleitet hatte, polemisierte der Herr Bezirksarzt gegen die „sogenannten“ christlichen Gewerkschaften, lobte die sozialdemokratischen Gewerkschaften und sprach weiter von ehrenrührigen Verfahren usw. Seine Ausführungen waren ein solches Durcheinander, daß die Versammlungsteilnehmer der Auffassung wurden, der großherzogliche Bezirksarzt sei angetrunken. Als Gewerkschaftssekretär Kiefer näher einging, erklärte dieser Kümmele auf seine „Nede“ näher einging, erklärte dieser großherzogliche Bezirksarzt zweimal deutlich vernehmbar: „Lieber rot als schwarz“. Hierauf stellte Gewerkschaftssekretär Kiefer unter Zustimmung der ganzen Versammlung fest, daß das Verhalten dieses Herrn die Ansicht bestätige, daß er wirklich angetrunken sei. Der großherzogliche Herr Bezirksarzt Dr. Kiefer holte hierauf mit der Hand aus, um Gewerkschaftssekretär Kiefer ein ins Gesicht zu schlagen. Letzterer parierte den Schlag aber ab und forderte den Herrn auf, sofort das Lokal zu verlassen. Als Herr Dr. Kiefer dieser Aufforderung keine Folge leistete, wurde er an die frische Luft gesetzt. Da ihm hiermit das Versammlungslokal verwiesen war, ging er in die Wirtsstube und ersuchte die Wirtin vier bis fünf Mal, dem Gewerkschaftssekretär Kiefer mitzuteilen, wenn er ihn erwische, gebe er ihm ein Stück hinter die Ohren, daß er genug habe. Damit noch nicht genug. Am nächsten Tag (23. Sept.) kam er in Begleitung eines Kaufmanns in die Wirtsstube, legte einen angeblich eben gekauften Revolver vor sich auf den Tisch und sagte: „Wenn ich einen dieser beiden (Kümmele oder Kiefer) erwische, so werde ich ihn verprügeln oder noch etwas Besseres tun, ich habe noch Instrumente genug.“

Die beiden Gewerkschaftssekretäre machten hierauf bei der Gendarmerie sofort Anzeige gegen diesen Staatsangestellten. Eine diesbezügliche Beschwerde geht selbstredend auch an das Ministerium des Innern in Karlsruhe. Ein solches Auftreten eines Staatsbeamten macht auf die ganze Bevölkerung einen peinlichen Eindruck und ist nicht geeignet die Staatsautorität zu stützen, sondern vielmehr sie zu untergraben.

Zhingen-Unterlauchringen. Unsere gut besuchte Mitgliederversammlung am 17. September war eine erfolgreich verlaufene Einleitung unserer Herbst- und Winterarbeit. An Stelle des leider am Erscheinen verhinderten Kollegen Kiefer sprach unser Vorsitzender, Kollege Siebold. Er führte u. a. aus, daß es eine große Aufgabe sei für uns, diesen Winter die vielen Arbeiterinnen und Jugendlichen, welche uns noch fern stehen, zu gewinnen. Dazu bedarf es der Mitarbeit aller Kollegen und Kolleginnen. Besuche deshalb jedes Mitglied die Versammlungen. Wenn wir alle unsere Pflicht tun, können wir bis zum Frühjahr über 200 Mitglieder in unserer Ortsgruppe haben. Zum Schluß wurden noch einige Ertragswahlen zum Vorstände getätigt.

Zeil a. Main. Die von uns und dem katholischen Arbeiterverein gemeinsam einberufene Versammlung am 24. September war überaus stark besucht. Das Referat hatte Kollege Wittekind aus Bamberg übernommen. Es waren außer dem Referenten erschienen die Herren Defonomierat Abgeordneter Bürger und Herr Dechant Hofmann. Das Thema lautete: „Reichsversicherungsamt und christlich-nationale Arbeiterschaft“. Kollege Wittekind behandelte obiges Thema und hob die wichtigsten Punkte besonders hervor. Auch das Verhalten der Genossen in dieser Frage wurde vom Redner gebührend gekennzeichnet. In der Diskussion sprachen mehrere Kollegen und stellten verschiedene Fragen, die vom Referenten gleich beantwortet wurden. Auch Herr Defonomierat Abgeordneter Bürger begrüßte die Ausführungen und betonte, daß solche Vorträge besonders für die Zeiler Arbeiterschaft notwendig seien. Er schloß mit dem Wunsch, daß wir uns so bald wie möglich wiedersehen möchten, um wiederum einen solch ähnlichen Vortrag vom Referenten zu hören. Die Versammlung erkannte das Verhalten der Abgeordneten aus der christlich-nationalen Arbeiterbewegung in Sachen der Reichsversicherungsordnung als korrekt an und wünschten, daß noch mehrere Personen aus dem Arbeiterstande in den Parlamenten zum Nutzen der deutschen Arbeiter wirken könnten.

Soziale Rundschau.

Eine prinzipiell wichtige Entscheidung fällt die hiesige Gewerbebehörde in folgender Sache: Ein Spinnerarbeiter in Hiesigen Tagen klagt gegen die dortige Firma D. M. u. Co. Spinnererei; er erhebt einen Lohnanspruch von 8 Mark für die Zeit vom 7. bis einschließlich 19. August d. J. Der Kläger führte aus, daß er i. der angegebenen Zeit 5 1/2 Stunden als Krempeler und die übrige Zeit als Krempelpulper tätig gewesen sei. Obwohl er die Arbeiten als Putzer wie alle anderen Putzer der Bellagten verrichtet habe, verweigere letztere, ihm den Lohn eines Putzers zu zahlen. Die Bellagte erklärte, daß sie auf Grund ihrer Arbeitsordnung berechtigt sei, alle Arbeiter mit anderen als besagten Arbeiten, wozu sie angenommen sind, zu beschäftigen. Dagegen halte sie sich nicht für verpflichtet, denselben bei höher bezahlten Arbeiten auch den höheren Lohn zu zahlen. Dem Kläger sei zu dem bisherigen Lohn als Krempeler noch eine Zulage von 6 Mark gezahlt worden und halte die Firma jeden weiteren Anspruch des Klägers für unberechtigt. Das Gericht stellte an der Hand der von der Bellagten vorgelegten Rechnung fest, daß die Differenz zwischen dem Lohn der Putzer und dem des Klägers genau 5,06 M. beträgt. Die Bellagte wird verurteilt, diese Summe an den Kläger als rückständigen Lohn zu zahlen; weiter muß die Bellagte die Kosten des Verfahrens tragen, auch die dem Kläger durch Zeitverzug und Reisen entstandenen Kosten in Höhe von 5 Mark erstatten.

Eine dankbare Aufgabe. Die Aufsichtsräte der Aktiengesellschaften sollen nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches das Ueberwachungsamt der Unter-

nehmungen sein. Daß sie dieses nicht sind, erhärtet die einfache Tatsache, daß eine Menge Bankdirektoren neben der Verwaltung ihrer Bank noch 10—20 und mehr Aufsichtsratsposten innehaben, je nachdem ihre Bank an Aktienunternehmungen interessiert ist. Es ist selbstverständlich, daß da keine Zeit übrig bleibt zur Erfüllung der im Gesetz vorgeschriebenen Pflichten. Trotzdem sind die Aufsichtsratsposten fette Pfünden für die Inhaber. Brachte doch die Lantiensteuer dem Reich in den letzten drei Jahren ungefähr 13 Millionen Mark ein, wovon etwa 160 Millionen Mark in der gleichen Zeit den Aufsichtsräten für ihre mühevoll Tätigkeit zugeslossen sind. Im Zeitalter, wo der Industrie Schildknappen wie Pilze entstehen, welche vom Uebermaß der sozialen Lasten Broschüren und Bücher schreiben und jeden Pfennig davon in unständliche Verhältnisrechnungen zum Reingewinn bringen, findet sich niemand, der die ungeheure Belastung durch die hohen Lantien im ins rechte Licht rückt. Eine dankbare Aufgabe, wie die Summen zeigen, welche die Phönix-Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb an Lantien berappen mußte. Diese Gesellschaft zahlte an Aufsichtsratsvergütungen:

| | |
|---------|------------|
| 1906/07 | 1747000 M. |
| 1907/08 | 1392000 " |
| 1908/09 | 901522 " |
| 1909/10 | 1538000 " |
| 1910/11 | 1979000 " |

Also 7557522 M. in fünf Jahren. Auf jeden der Empfänger kommen in den beiden letzten Jahren 55000 bzw. 68000 M. Das ist eine Steigerung von 13000 Mark im letzten Jahre, die trotz der unerträglichsten sozialen Lasten über waren. Mit Recht kann man da fragen: Sind das etwa keine Lasten für die Industrie? Dabei ist dieser Aufwand keineswegs zweckentsprechend, sondern nur eine Sinecure.

Versammlungskalender.

- Mugsburg. 8. Oktober, 1/4 Uhr, in der Schützenhalle.
- Wocholt. 8. Okt., 3 Uhr, im Arbeitervereinshaus St. Paulus, Arbeiterinnenkonferenz.
- 10. Okt. Vertrauensmännerversammlung.
- Borghorst. 15. Okt., 11 Uhr, bei Franz Dwerfeg.
- Bramsche. 15. Oktober, 2 1/2 Uhr, bei H. Werner, Engter.
- Burgwaldmühl. 15. Oktober, gleich nach dem Hochamte, bei Jakob Klüfer, sehr wichtige Quartalsversammlung.
- Elberfeld. 14. Oktober, 5 1/2 Uhr, bei Herkenrath, Altbahn.
- Greiz. 8. Oktober, 4 Uhr, im Gasthof zum Erbprinzen, in Neubachtal, Stiftungsfeier.
- Hehu. 8. Oktober, 6 1/2 Uhr, bei M. Bösch.
- Hof a. d. Saale. 14. Oktober, 1/2 Uhr, bei Steupertz, Alsenbergerstr. 2.
- Sachsenwalde. 8. Okt., 4 Uhr, bei Metz, am Markt, außerordentliche Mitgliederversammlung.
- Mühlheim Rhein. 11. Oktober, 7 Uhr, bei Böcker, Wallstr. 10.
- Ochtrup. 8. Oktober, 1/2 Uhr, bei Ww. Fischer.
- Stadthohn. 3. und 4. Oktober, von 8 Uhr ab, beim Kassierer, Abrechnung für die Vertrauensmänner.
- Wegberg. 15. Oktober, 11 Uhr, bei F. Brunen, Generalversammlung. Eine Stunde vorher Vertrauensmännerversammlung.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:
 Tillmann Schüren in Krefeld.
 Sophie Ackermann in Wehr.
 Katharina Leyendeckers in St. Tönis;
 Louis Losse in Glauchau.
 Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Wann muß unsere Volksschule christlich bleiben? Ein Warnungsruß an das christliche Volk von einem Sozialfremd. 35 Seiten. Preis 25 Pfg. München 1911. Buchhandlung des Verbandes jüdd. kath. Arbeitervereine.

Die Reichsversicherungsordnung. Von Arbeitersekretär Heinrich Königbauer, Landtagsabgeordneter. 84 Seiten. Preis 40 Pfennige. München 1911. Buchhandlung des Verbandes jüdd. katholischer Arbeitervereine. Diese Arbeit veranschaulicht in leichtfaßlicher Weise die Notwendigkeit und die große volkswirtschaftliche Bedeutung der deutschen Arbeiterversicherung. Ein umfassendes Zahlenmaterial und die Wiedergabe von wichtigen Belegstücken aus den Verhandlungen des Reichstages ergänzen die Ausführungen über die arbeitergefährdende Haltung der Sozialdemokratie und die erfolgreiche Arbeit des jetzigen bei dem Kampf um die Reichsversicherungsordnung. Bei Darstellung der Mängel der bisherigen Reichsversicherung kommt dem Verfasser keine langjährige Praxis als Arbeitersekretär sehr zu nützen. Das Büchlein, dem ein ausführliches Register beigegeben ist, bietet nicht nur reichlich Material zur Abwehr der gegnerischen Angriffe, sondern es hat bleibenden Wert als Wegweiser im neuen Versicherungsrecht für die Arbeiter in Industrie, Gewerbe und für die Angehörigen der Landwirtschaft, da aus dem Wörterbuch von nahezu 1800 Paragaphen mit Sachkenntnis das herausgeholt wurde, was bezüglich der einzelnen Versicherungsarten, des Verfahrens und des Einführungs-gesetzes der Versicherte wissen muß. wg.

Das große Monumental-Gemälde des Akademie-Professors Jant im Gebäude des Deutschen Reichstages, das König Wilhelms Ritt um Sedan nach der Schlacht am 2. September 1870 darstellt, hat nun aus des Meisters Hand ein kleines Seitenstück gefunden in der neuesten Wohlfahrts-Künstler-Postkarte des Vereins für Wohlfahrts-Marken in Berlin, die im Galerie-Verlag, Steglitz-Berlin, neben erschienen ist. Die erste Wohlfahrts-Künstler-Postkarte des Vereins für Wohlfahrts-Marken, dessen Vereins-Zwecke Aufbringung von Geldmitteln zum Kampfe gegen die Tuberkulose, Säuglings-Sterblichkeit und andere Volks-Krankheiten sind, geht nun hinaus in die Lande. Sie wird bei jedem, der jene große Zeit vaterländischer Geschichte mitdurchlebte, freudige Erinnerungen an die unbeschreibliche Begeisterung wachrufen, die ganz Deutschland durchbrauste, als die gewaltige Schlacht bei Sedan siegreich geschlagen war. Der jüngeren Generation bringt sie willkommenen Gelegenheit, sich in das Studium jener glorreichen Zeit zu vertiefen, die die deutschen Stämme einte und die Vorbedingung schuf zu dem niegeahnten Aufschwung, den das deutsche Reich seitdem genommen hat.

Auch den Kunstfreund wird die W.-K.-P. in hohem Maße befriedigen. Da die meisten Künstler-Karten, soweit sie nicht ausschließlich künstlerische Aufgaben verfolgen, sondern mit künstlerischen patriotische und andere Zwecke verbinden, darunter leiden, daß der Ausschnitt falsch gewählt ist und die Ausführung einen zu stark räumlichen bildmäßigen Charakter aufweist, hat diese Ueberzeugung den Galerie-Verlag veranlaßt, mit Künstlern, die sich einen Namen auf dem Gebiet der militärisch-historischen Darstellung erworben haben, in Verbindung zu treten und sie mit der Anfertigung künstlerischer Darstellungen aus der Geschichte des deutsch-französischen Krieges für den Zweck der Reproduktion auf Postkarten zu betrauen. Bei aller historischen Treue soll eine gewisse Monumentalität erzielt werden durch entsprechende Wahl des Gesichtspunktes, Beschränkung auf möglichst wenige Figuren, Vereinfachung in Form, Farbe und Geste. Das vorliegende Gemälde von Professor A. Jant zeichnet sich vor ähnlichen durch Hervorhebung alles Wesentlichen im gegebenen Motiv, durch Ruhe und Klarheit der Komposition aus. Der Beschauer, der in der vaterländischen Geschichte auch nur einigermaßen Bescheid weiß, erkennt auf den ersten Blick, um welchen Vorgang es sich handelt. In den Strahlen der frühzeitig sinkenden Herbstsonne des 2. September, nach der am Tage zuvor geschlagenen Schlacht bei Sedan reitet König Wilhelm über das Feld, gefolgt vom Kronprinzen. Seine wackeren Jüngens eilen mit wehenden Standarten, Helme und Gewehre in der Luft schwingend, herbei, um die siegreichen Schlachtenlenker zu begrüßen.

Reigt die Karte zu dekorativer Behandlung der Fläche, so hält sie sich auf der anderen Seite von derber plakati-mäßiger Auffassung und Wirkung fern. Es ist in glücklicher Weise eine Verbindung von „Raumbild“ und Flächen-dekoration erzielt und somit in hohem Grade die Forderung nach einer Künstler-Karte historisch-patriotischen Inhaltes erfüllt.

Die Vorderseite der Wohlfahrts-Künstler-Postkarte hat einen künstlerischen, symbolischen Schmuck erhalten. Die Aufgaben des Vereins sind durch eine Rittergestalt, welche einer die Volks-Krankheiten darstellenden Schlange den Todesstoß versetzt, veranschaulicht.

Möge die W.-K.-P. allenthalben die Aufnahme finden, welche sie ihres Zweckes und ihrer selbst wegen verdient, zumal dieselbe den üblichen Preis für bessere Postarten von 10 Pfg. nicht überschreitet, trotzdem sie in Ausstattung und Qualität das Beste bringt. Sie ist bei allen Ansichtskarten-Verkäufern käuflich zu haben.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Christliche Gewerkschaft und Sozialpolitik. — Textilarbeiterorganisationen und Textilindustrie. — Die Entwicklung des deutschen Auslandsgeschäftes in Textilwaren. — Arbeiterin und Unfallversicherung. — Die Tätigkeit der Gewerbegerichte im Jahre 1910. — Aus der Arbeiterbewegung: Ein rührendes Interesse für die christlich gesinnten Arbeiter. — Landeskonferenz der christlichen Gewerkschaften. — Die Wirkung sozialdemokratischer Moral- und Sittlichkeitsbegriffe. — Staatliche Schiedsgerichte für die englische Textilindustrie. — Genau so wie bei uns. — Mehr Schutz den Arbeitswilligen. — Als eine Verhöhnung der Arbeiter. — Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ über die Frauenfrage. — Sozialdemokratische Rohlinge. — Die 2. Vertreterversammlung des Verbandes evangelischer Arbeiterinnenvereine Deutschlands. — Aus unserer Industrie: Der Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie im Monat August. — Die Fabrikation sogenannter englischer Stoffe in Deutschland. — Ueber die Neumusterung im Gera-Greizer Industriebezirk. — Die Baumwollindustrie der Vereinigten Staaten von Amerika. — Aus dem Verbandsgebiete: An die Ortsgruppenvorstände zur gef. Beachtung. — Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten: Borghorst. — M.-Gladbach. — Lamperts-mühle. — Ohligs. — Aus unseren Bezirken: Bezirk Brandenburg-Sachsen-Thüringen. — In der württembergischen Textilindustrie. — Berichte aus den Ortsgruppen: Fulda. — Hannover. — Gals. — Schönau (Waden). — Zhingen-Unterlauchringen. — Zeil a. Main. — Soziale Rundschau: Eine prinzipiell wichtige Entscheidung. — Eine dankbare Aufgabe. — Versammlungskalender. — Sterbetafel. — Literarisches.